

11/12

DIE ALTERNATIVE



UNIVERSITÄTEN IM AUFRUHR

KINDERGÄRTEN: 2000 VERSCHAFFTEN
SICH GEHÖR • PRÖLL UND DAS
TRANSFERKONTO • ZECHPRELLER

Herausgegeben von



November/Dezember 2009

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



Beriff: Umverteilung, alternative 10/09

Sehr geehrter Herr Koza, lieber Markus,

Im oben genannten Artikel redest du von „unterdurchschnittlicher Einkommensbesteuerung“.

Dies mag für Kapitaleinkommen stimmen, keinesfalls aber für einkommenssteuerpflichtige Erwerbseinkommen. also jene Einkommen selbständig Erwerbstätiger, die genau wie Löhne Arbeitseinkommen sind. Abzüglich sozialer Sicherheit. Null Einkommen bei Krankheit oder Urlaub; kein Arbeitslosengeld, keine Altersteilzeit...

Die Einkommenssteuersätze sind vollkommen identisch mit den Lohnsteuersätzen. Sie fangen bei 38 Prozent an und

hören bei 50 Prozent auf. Wenig Platz für Progression. Und weil dort wo, der 50-Prozent-Einkommenssteuersatz beginnt, die Höchstbemessungsgrundlage für die Sozialversicherung in ausgleichender Gerechtigkeit bereits überschritten ist, ist im höchsten Einkommensbereich die Abgabenquote besonders niedriger. Für alle Erwerbstätigen. Ob selbständig oder unselbständig. Aber das ist eine andere Geschichte.

Für unselbständig Beschäftigte, also Lohnsteuerpflichtige, gibt es steuerlich begünstigtes Weihnachtsgeld, Steuer senkende pauschale Absetzbeträge, wie Werbekosten oder Pendlerpauschale und steuerbefreite Zulagen.

Das senkt die Steuerquote bei niederen Löhnen erheblich. Und macht bei einem Bruttomonatseinkommen von tausend Euro den Unterschied, ob dafür keine Steuer oder rund 1500 Euro/Jahr anfallen.

Ob die Begünstigungen auch für Gehälter weit über der Höchstbemessungsgrundlage sinnvoll sind, bleibt fragwürdig.

Da das Medianeinkommen der Selbständigen deutlich unter dem Niveau der unselbständig Erwerbstätigen liegt, trifft diese ungleiche Besteuerung gerade auch jene sich rasch vermehrende Gruppe von Werkstätigen, die nicht nur in prekären und unsicheren Verhältnissen arbeiten müssen, sondern auch nur geringe Umsätze erzielen, so dass für kreative Buchhaltung ohnehin kein Spielraum bleibt. WerkvertragsnehmerInnen, Kleingewerbetreibende, Kreative. Um nur einige zu nennen.

Jenen Selbständigen mit hohen Umsätzen, die sich ein sündteures Betriebsfahrzeug und eine steuerlich verwertbare Zweitwohnung leisten, stehen die privilegierten angestellten „Manager“ gegenüber, die ein Dienstauto mit Chauffeur haben und sich extra-fette, steuerbegünstigte Boni für magere Leistungen zugestehen.

Dass es in beiden Gruppen von Erwerbstätigen Personen gibt, die das System auf legale Weise schamlos nutzen ist ebenso klar, wie die Tatsache, dass es eine ganze Reihe von weniger legalen Möglichkeiten gibt, steuer- und abgabenfreie Einkommen zu erzielen. Unabhängig von der Erwerbstätigkeit.

Mir geht es nur darum aufzuzeigen, dass die Grenze nicht zwischen privilegierten selbständigen und hoch besteuerten unselbständigen Einkommen, sondern zwischen hohen und niederen verläuft. Oder auch zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen.

Und ich finde es wichtig, dass die beiden Gruppen von Arbeitenden gemeinsam für bessere Arbeitsrahmenbedingungen eintreten, statt sich immer wieder gegeneinander ausspielen zu lassen.

Liebe Grüße, Marianne Schmid



-Termine

BR-Weiterbildung: „Kurzarbeit“

Freitag, 4. Dezember, 16–20 Uhr

Die Wirtschaftskrise hat ein altes arbeitsmarktpolitisches Instrument neu belebt. Ist Kurzarbeit tatsächlich ein sinnvoller Lösungsansatz, eine vertretbare Verteilung der Krisenkosten? Wie sind die gesetzlichen Regelungen? Wie funktioniert das komplizierte Zusammenspiel der gesetzlichen Sozialpartner- und der Betriebsvereinbarung?

Referent: Rene Schindler (Leiter der Abteilung für Arbeitsrecht, Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung)

Zielgruppe: BetriebsrätInnen, ErsatzbetriebsrätInnen, an Betriebsarbeit interessierte Menschen.

AUGE-Weihnachtsfeier

Donnerstag, 10. Dezember, 19 Uhr

Wir überlegen uns wie immer ein unvergessliches Überraschungsprogramm – und natürlich gibts ein geschmackiges Buffet.

Ort der Termine und Anmeldung: AUGELB-Büro, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien, Telefon (01) 505 19 52, auge@ug-oegb.at.



-Konferenz

**Vom 26. bis 28. Feber 2010 am
Hafnersee in Kärnten.**

- Freitag-Abend:
Eintreffen und Einzelsitzungen (AK? UGöD?)
- Samstag, 27. Feber:
UG-Konferenz (ohne Vereinsnotwendigkeiten).
Thema: „Umverteilung in Österreich“, Referentin: Käthe Knittler
- Sonntag, 28. Feber:
Wieder Einzelsitzungen

Bitte bald bei den einzelnen „UG-Säulen“ anmelden.

DIE ALTERNATIVE

IM NOVEMBER/DEZEMBER

MAGAZIN

Die Zechpreller	Seite 4
Das Transferkonto	Seite 6

BILDUNG

Universitäten in Flammen	Seite 8
UG: Volle Solidarität	Seite 9
Entscheidungsgremien: Ganz speziell	Seite 10
Der Funke	Seite 12
Wessen Uni? Unsere Uni!	Seite 13
1987: Das Weitertragen der Fackel	Seite 14

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Kindergärten: Mehr als 2000 verschafften sich Gehör.	Seite 18
Krankenstand: Schluss mit Drohungen.	Seite 20

DEBATTE

Verteilung: Ganz elitär	Seite 23
Buch: Zukunft Gesundheit	Seite 28

SPEZIAL MUCH

.	Seite 16
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

UND SIE BEWEGT SICH DOCH...

die vielzitierte Basis, bei der wir schon befürchteten, es sei nichts mehr mit ihr anzufangen. Wir müssen nur den richtigen Zeitpunkt und die richtigen Worte finden.

Ich komme gerade von der Kindergartendemo, der zweiten innerhalb eines Monats. Mit dem wunderbaren Gefühl im Bauch, bei einer sehr gelungenen, stimmungsvollen Aktion dabei gewesen zu sein.

Mehrere Tausend waren es heute, wie schon am 17. Oktober bei der ersten Demo. Was ist in die „lieben und netten PädagogInnen“ gefahren, dass sie plötzlich so lautstark und massiv auf der Straße Luft machen?

Die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Zu viele Kinder in den Gruppen, zu schlechte Bezahlung – dem Bildungsauftrag des Kindergartens kann so nicht Rechnung getragen werden.

In Wien ist es gelungen, ein breites Bündnis zu formen, bei dem bewusst das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wurde. Der Druck der KollegInnen zwang sogar zaudernde Gewerkschaften, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Das und die ungewohnte Kooperation mit den protestierenden StudentInnen lässt hoffen, dass es mit der politischen Grabesstille im Land vorbei ist...

P.S.: Ich darf – wie jedes Jahr um diese Zeit – dezent auf den beiliegenden Zehlschein für das Alternative-Abo hinweisen. Eine rasche Einzahlung sichert den Weiterbestand dieses wichtigen, alternativ-gewerkschaftlichen Mediums!

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst.
Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Eine kleine Geschichte von Markus Koza.

DIE ZECHPRELLER

Eine muntere, große und feine Gesellschaft fragt bei einem Wirten an. Eine Feier steht an, groß angelegt. Sie hätten gerne ein mehrgängiges Menü, Büffet pikant, sauer und süß, Getränke – vor allem alkoholische – in größten Mengen, einen netten, bestens eingerichteten Raum, entsprechende und umfassende Bedienung bis tief in die Morgenstunden. Nur: der Preis, der verlangt wird – da hat man brav recherchiert – ist dann doch eindeutig zu hoch. Es gebe ja jede Menge anderer Wirte in der Gegend zu denen man gehen könnte, die es wohl billiger geben würden, aber das will der Wirt wohl ganz sicher nicht, gibt die feine Gesellschaft zu bedenken.

Nun das will der Wirt auch wirklich nicht. Der zeigt sich sofort verhandlungsbereit, geht mit dem Preis runter, erfüllt alle Wünsche der feinen Gesellschaft, verzichtet auf jegliche Anzahlung. Das Geschäft will er sich nicht entgehen lassen. Na, die anderen Wirte werden schön schauen, volles Haus bei ihm, leere Gaststätten bei ihnen. Preisnachlässe haben so ihren Preis: Seinem Personal teilt er mit, dass er die zusätzlich geleisteten Stunden – Bedienung rund um die Uhr bis tief in die Morgenstunden – leider nicht bezahlen könnte, aber in Zeiten wie diesen müssten eben alle a bisserl eine Flexibilität zeigen, er müsse knapp kalkulieren, weil die Konkurrenz schläft nicht und ist überall. Schließlich würden allerdings auch sie – die Angestellten – davon profitieren, dass die liebe Gesellschaft käme, weil würde sie nicht kommen, würde er dieses Geschäft nicht machen, heißt weniger Geld, dafür mehr Geld für den Wirten daneben – und die lieben eigenen KellnerInnen, KöchInnen etc. wären nicht mehr eigen, sondern könnten sich gleich einmal nach einem neuen Job umschaun. Aber, stellt er ihnen in Aussicht, vielleicht fällt für sie ja a bisserl ein Trinkgeld an, auch nicht schlecht. Das Personal nimmt zähneknirschend an.

Die feine Gesellschaft kommt und stellt sich bald als keineswegs so fein heraus. Der Wein paßt nicht, also werden die besten Flaschen aus dem Keller geholt. Am Menü, an der Menüfolge wird auch dauernd rumgemäkelt, beim

Nachbarswirten wärs ja viel besser und viel billiger. Das Personal rennt und rennt, wird dennoch angepflaumt und beschimpft, der Wirt wird langsam etwas nervös, stellt ein paar Gratisflaschen auf den Tisch und spendiert noch eine Runde Schnaps, gilt es doch, die Kunden bei Laune zu halten.

Da wird gefressen und gesoffen was geht, die Stimmung steigt mit jeder zusätzlich geleerten Flasche, so manchem feinen Gesellschaftler bleibt das eben Gessene und Getrunkene nicht im Magen. Lieber sich den Magen verrenken, statt dem Wirten schenken. Das Personal schrubbt und putzt, ist ja flexibel. Was tut mensch nicht alles für ein wenig Trinkgeld und der Kunde ist ja schließlich König.

Es wird immer später. Das Personal ist schon recht erschöpft. Und die feine Gesellschaft wird immer unfeiner. Gläser kaputtgeschlagen, ebenso Flaschen, ebenso Einrichtungsgegenstände. Ein ordentlicher Schaden ist entstanden. Der Wirt trägt's mit Fassung. Beim geprüften Personal grummelt's etwas. Jetzt geht's ans Zahlen. Die Rechnung und der Schaden muss ja auch beglichen werden. Nun gibt's allerdings ein kleines Problem. Die feine Gesellschaft will und will einfach nicht. Nicht, dass sie nicht könnte, die Brieftaschen sind prall gefüllt. Nicht, dass sie nicht müsste, sie hat ja konsumiert auf Teufel komm raus, und hat den Schaden ja auch angerichtet. Kein anderer. Sie will einfach nicht.

Nun, würde mensch denken, irgendwann sollt's wohl auch einmal dem Wirten reichen. Jetzt ist er diesen Herrschaften so entgegengekommen, beim Preis, beim Service, bei den Zusatzleistungen – und was hat er davon? Nicht nur eine offene Rechnung sondern auch noch einen ordentlichen Sachschaden. Aber weit gefehlt, der Wirt ist freundlich, ja fast verständnisvoll. Selbst als die kecke, feine Gesellschaft sogar eine verbindliche Garantie vom Wirten haben will, dass er für Rechnung wie Schaden aufkommt. Das kann ja wohl nicht ihr Ernst sein! Aber – was macht der Wirt? Er gibt sein Okay dazu!

Er ruft sein Personal zu sich. Mit ernster Miene teilt er den erschöpften, übermüdeten KellnerInnen, KöchInnen, Reine-macherInnen etc. mit, was sie ohnehin schon wissen: der Schaden ist groß, die Rechnung erst recht. Dass es angesichts dieser tristen Lage leider nicht nur mit dem Trinkgeld nix wird, sondern dass – im Gegenteil – jetzt alle seine Beschäftigten einen Beitrag leisten müssen, damit Schaden



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM ÖGB-BUNDESVORSTAND
UND MITARBEITER DER AUGELB/UG IN WIEN.

und Rechnung beglichen werden können. Man dürfe der feinen Gesellschaft nicht zu nahe treten, denn die ist scheu wie ein Reh, ausgesprochen sensibel und schnell beleidigt.

Die feine Gesellschaft tritt nun ebenfalls an das Personal heran – das ist nach wie vor geschockt, verblüfft, fassungslos, wie gelähmt – und teilt ihm mit, dass nun mal irgendwer ja dem Wirten die Zeche zahlen müsse, der muss ja auch von irgendwas leben. Und sie das jedenfalls nicht seien, falls irgendwer doch auch die blöde Idee kommen sollte. Schließlich könnten sie ja immer noch zum Wirten nebenan gehen, und dann, eh schon wissen. Dafür versprechen sie – der feine Herr links in der Ecke übergibt sich gerade wieder einmal, während der noch feinere Herr rechts in der Ecke

eine weitere Flasche feinsten Burgunder köpft – für das nächste mal etwas mehr Mäßigung. „In einer Solidargesellschaft ist es nun mal so, dass die anderen immer für die einen einstehen,“ lallen sie daher, „Jetzt muss die Zeche bezahlt werden,“ meinen die Zechpreller und murmeln irgendwas daher

von „über den Verhältnissen gelebt“, „euch geht’s eh zu gut“ ... und selber schuld, weil hätten sie – also die KellnerInnen – nicht so viel zum Fressen und Saufen gebracht, hätten sie selbst – also die feinen Gesellschafter – ja schließlich auch nicht ...



Wirt und feine Gesellschaft sind sich überraschend schnell einig, durch Handschlag und eine weitere Schnapsrunde besiegelt. Er will sich’s ja mit seinen Kunden nicht verscherzen – nicht heute, nicht morgen. Der Wirt gibt bereitwillig eine umfassende Haftungserklärung für den Schaden und für die unbezahlte Rechnung ab und lässt sie diese im Gegezug von den KellnerInnen, von den KöchInnen, bezahlen. Schließlich ginge es ja um die Existenz des Wirtshauses als Ganzes, verkündet er seiner Belegschaft. Da müssten schon alle – pardon fast alle – bereit sein, ein Opfer zu leisten und zusammenzuhalten. Er ruft ganz euphorisiert das „Projekt Wirtshaus neu“ aus. Die feine Gesellschaft ist begeistert, applaudiert und torkelt nach Hause.

Die anderen dürfen aufräumen. Und die Spendenbox füllen, die der Wirt ihnen aufgestellt hat. Ja, und die Gratismahlzeit ist natürlich ebenso gestrichen, wie Gratisgetränke. Und der freie Tag. Die Sperrstunde fällt. Alle – also die KellnerInnen, KöchInnen, eh schon wissen – dürfen am gemeinsamen Projekt Wirtshaus neu mitarbeiten. Unbezahlt natürlich, voll solidarisch. Warme Küche von nun an bis 24 Uhr statt bis 22 Uhr, Trinkgelder sind solidarischerweise natürlich abzuliefern.

Eine irre Geschichte? Eine Unverfrorenheit der feinen Gesellschaft? Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit? Reinste Zechprellerei? Eine Geschichte fernab jeder Realität? Dann ersetze mensch doch einfach einmal „feine Gesellschaft“ durch „Industriellenvereinigung“, „Wirt“ durch „Vizekanzler“, „Personal“ durch „ArbeitnehmerInnen“ und „Projekt Wirtshaus neu“ durch „Projekt Österreich“. Dann könnte mensch sich nämlich ziemlich rasch in einem realitätsähnlichen Zustand befinden, der besser als Österreich bekannt ist. ■

Trotz Krise Rekord-Gewinnausschüttung

Aus dem im Rahmen einer Pressekonferenz der AK-Oberösterreich präsentierten AK-Wertschöpfungsbarometer geht klar hervor: Die Unternehmen verdienen an ihren Beschäftigten immer besser und schütten trotz Krise Rekord-Gewinne aus.

Im Jahr 2008 – die Krise brach gerade so richtig aus – erwirtschafteten die ArbeitnehmerInnen eine durchschnittliche Wertschöpfung von 99.492 Euro. Bei einem durchschnittlichen Personalaufwand von 60.041 Euro pro Beschäftigten verblieb damit ein Überschuss von 39.451 Euro. Im Vergleich zu 2002 lag der Überschuss um 56 Prozent höher. Die höheren Lohn- und Gehaltsabschlüsse 2008 haben die Unternehmen trotz Krisenbeginn gut verkraftet und im Vergleich zu 2007 sowohl Gesamtwertschöpfung als auch Überschuss sogar noch übertroffen (2007: Gesamtwertschöpfung 92.258 Euro, Überschuss 37.133 Euro).

Die durchschnittliche Wertschöpfung pro Beschäftigter ist 2008 um 60 Prozent höher als der Personalaufwand pro ArbeitnehmerIn. Damit wird auch offensichtlich, welche Reserven für Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen selbst in Zeiten der Krise vorhanden wären.

Die Gewinnausschüttung hat im Jahr 2008 die Gewinne überstiegen. So wurden im Jahr 2008 Gewinnausschüttungen und Dividendenauszahlungen im Ausmaß von 136,8 Prozent des Jahresüberschusses getätigt (2007: 98,7 Prozent). Seit 2002 lag die Gewinnausschüttung in keinem einzigen Jahr unter 75,4 Prozent der erwirtschafteten Jahresüberschüsse. Eine AK-Analyse der Jah-

resabschlüsse zeigt, dass Überschüsse in den letzten Jahren nur unzureichend zu einer Verbesserung der Eigenkapitalausstattung beziehungsweise zur Verbesserung der Liquidität – also zur Schaffung eines Polsters für Krisenzeiten – verwendet wurden. Die Gewinnausschüttung pro Beschäftigter (allerdings nicht an die Beschäftigten) wurde seit 2003 bis 2008 um 98 Prozent gesteigert – von 7928 auf 15.729 Euro.

Schlussfolgerung der AK-Oberösterreich: „Da der erwirtschaftete Überschuss nur zur Befriedigung der Kapitalinteressen der EigentümerInnen und nicht zur nachhaltigen Verbesserung der Liquidität der Unternehmen genutzt wurde, ist die Forderung nach Lohnzurückhaltung völlig unangebracht. Durch den permanenten Abzug von Kapital aus den Unternehmen fehlen jetzt in der Krise die Ressourcen zu deren Überwindung.“

VICEKANZLER PRÖLL UND DAS TRANSFERKONTO

DA stand er, der Vizekanzler im Atrium seines Finanzministeriums, und hielt seine Rede an die Nation. Und ein Großteil der österreichischen Elite, exklusive der sozialdemokratischen, lauschte seinen Worten. Politisch gesehen war es der Fehdehandschuh, den er dem in der Tat farblosen sozialdemokratischen Kanzler Faymann hinwarf. Er, Josef Pröll, präsentierte seine Vorstellungen.

Die wichtigste Botschaft brachte er im letzten Teil: „Wir (brauchen) eine neue Steuerpolitik, die sich auch am Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientiert. Deshalb schlage ich die Einführung eines allgemeinen Transferkontos vor. Ein Konto, auf dem alle staatlichen Beihilfen pro Haushalt zusammengeführt und dargestellt werden. Ein Konto, das mehr Transparenz bringt, mehr Gerechtigkeit und vor allem: Mehr Leistungsbewusstsein.“ Da war er, der offene Verteilungskampf.

Zunächst stellte er fest: „Es kann keine Verteilungsgerechtigkeit ohne Leistungsgerechtigkeit geben!“ Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit gehören nach Pröll'scher Definition zusammen, sie haben ein Verhältnis miteinander.

„Für mich (Pröll, FS) ist die Steuerfrage auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und der Solidarität mit den arbeitenden Menschen.“ Wie meint er das wohl? Er entwickelt sein Argument: „Auf der einen Seite ist das Monatsge-

halt für Arbeiter und Angestellte bis 1205 Euro steuerfrei. Daher zahlen 2,7 Millionen Menschen keine Lohn- und Einkommenssteuern. Gleichzeitig sind diese Menschen aber die Hauptempfänger zahlreicher einkommensabhängiger Beihilfen.“ Da haben wir sie, die Nehmer. Sie zahlen nichts und bekommen (nein, nicht alles) etwas.

Es gibt aber auch andere: „Das führt dazu, dass ‚Steuerzahlerfamilien‘ oft ein weit niedrigeres Familieneinkommen haben als jene, die gar keine Steuern zahlen, aber Anspruch auf zahlreiche Beihilfen haben.“ Auf welche empirische Studie stützt sich Pröll? Wieviel bedeutet oft?

Das sind diejenigen Familien, die Geber (auch diesen Begriff wird Pröll später einführen), die Steuer zahlen. Letztere bekommen oft nach Abzug aller Steuern und Sozialversicherungsbeiträge weniger, als die „Nehmer“, weil diese durch die Sozialtransfers insgesamt ihr Familieneinkommen erhöhen können.

Nun folgt die Pröll'sche rhetorische Frage: „Ich frage mich – und ich frage Sie: Ist das Verteilungsgerechtigkeit?“. Und weiter im Pröll'schen Redemanuskript: „Denn vergessen wir nicht: Gerade jene Menschen, die Steuern zahlen, sind die tragende Säule in unserer Gesellschaft.“ Im Umkehrschluss bedeutet das, dass diejenigen, die keine Steuern zahlen, keine tragenden Säulen der Gesellschaft sind? Es gibt somit zwei Gruppen von Menschen der Gesellschaft. D.h., das Kriterium für Menschen TrägerInnen einer Gesellschaft zu sein, sind die materiellen Möglichkeiten. Kurz: wer zahlt, schafft an.

Denkt mensch diesen Gedanken weiter, so drängt sich der Schluss auf, dass die Nehmer (sie tragen ja netto nichts zum Staatshaushalt bei), da sie ja keine tragenden Säulen der Gesellschaft sein können, vom Entschei-

dungsprozess ausgeschlossen werden sollten. Hatten wir schon einmal, vor 1918, das Zensuswahlrecht.

Zur vierten Kurie hatten alle in Städten lebenden Männer ein Wahlrecht, wenn sie fünf Gulden (ab 1882) direkte Steuern entrichten konnten. Die anderen drei Kurien waren die der Großgrundbesitzer, die der Handels- und Gewerbekammern sowie die der Groß- und Mittelbauern. Alle anderen Menschen waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Insgesamt sollen sie sechs Prozent der Bevölkerung repräsentiert haben.

Weiter in der Pröll'schen Argumentation: „Nur durch ihre (jener, die Steuer zahlen; FS) Leistung werden die vielen staatlichen Leistungen erst ermöglicht. Darauf wird von all jenen, die nach Steuererhöhungen rufen, oft vergessen. Deshalb bin ich so strikt gegen neue Steuern. Weil sie jene belasten, die das System erhalten und stützen.“

In der Tat, es ist richtig, der sogenannte Mittelstand und die sogenannte Oberschicht tragen betragsmäßig den größten Anteil an den Lohn- und Einkommenssteuern, während die Niedrigverdiener fast keine Lohnsteuern bezahlen. Subsumiert man dazu jedoch die Sozialabgaben, relativiert sich das Bild einigermaßen. Auch bei geringem Einkommen müssen die Sozialversicherungsbeiträge von 18 Prozent, jedoch keine Lohnsteuern bezahlt werden. Rechnet man die Verteilungswirkungen der indirekten Steuern (Umsatzsteuer, Mineralölsteuern, Tabaksteuern etc.) hinzu, so ergibt sich eine fast flache Abgabenquote für alle Einkommensschichten. Gemessen am Bruttoäquivalenzeinkommen zahlen in etwa alle Unselbständigenhaushalte den gleichen Anteil ihres Einkommens für direkte und indirekte Steuern sowie



FRITZ SCHILLER
IST ÖKONOM,
BETRIEBSRATS-
VORSITZENDER UND
AUGE/UG-VERTRETER IM
BUNDESVORSTAND DER
GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN.

Sozialversicherungsbeiträge. Wie ist das nun aber mit dem Prinzip der persönlichen Leistungsfähigkeit im Steuerrecht? Die Einnahmen des Staates bestehen nicht nur aus diesen Steuern. Es werden zum Beispiel auch Kapitalertrags- und Körperschaftssteuern eingehoben. Bis vor kurzem gab es auch noch Vermögens- und Erbschaftssteuern. Diese wurden jedoch abgeschafft, obwohl sowohl aus Vermögen als auch aus Erbschaften Erträge ohne (!) Leistungen resultieren. Im internationalen Vergleich sind die Einnahmen aus diesen beiden Titeln vergleichsweise sehr



Wie wird Leistung gemessen? Die Motorleistung wird in Kilowatt gemessen, wie aber die menschliche Leistung?

niedrig. Finanzminister Pröll'sche Vorstellungen sind aber anderer Art: „Stattdessen brauchen wir eine neue Steuerpolitik, die sich auch am Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientiert. Deshalb schlage ich die Einführung eines allgemeinen Transferkontos vor.“

Wilfried Altzinger hat in diesem Zusammenhang in einem Standard-Kommentar vom 20. Oktober treffend darauf hingewiesen, dass der Finanzminister nicht auf andere Beihilfen und Subventionen vergessen soll, wie beispielsweise Steuervergünstigungen, Gebührenermäßigungen und -befreiungen, Kredite, Ausfallhaftungen, Bürgschaften etc.

„Wir brauchen ein Steuerrecht (...) das den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt und die Leistungsträger entlastet: Nämlich die, die arbeiten“, stellt Pröll weiter fest. Was jetzt? Auch diejenigen, die hohe Transferleistungen erhalten, arbeiten. Oder?

Das ist der Punkt. Pröll unterstellt, wie so viele neoliberale VertreterInnen, dass diejenigen, die wenig verdienen, Unterdurchschnittliches leisten, beziehungsweise nicht mehr leisten wollen. Ergo sind sie keine Leistungsträger, weil sie keine hohen Abgaben (Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge) bezahlen können und deshalb auf Transferleistungen angewiesen sind.

Pröll et al. können sich nicht vorstellen, dass es Jobs gibt, die nicht gut bezahlt sind, zum Beispiel Handelsangestellte, LKW-LenkerInnen, Pflegepersonal oder KindergärtnerInnen (die kürzlich dankenswerterweise eine Demonstration unter anderem für höhere Gehälter durchführten).

Was heißt Leistung überhaupt? Wie wird sie gemessen? Die Motorleistung wird in Kilowatt gemessen, wie aber die menschliche Leistung? Zehn Stunden Arbeit ist sicher mehr als acht Stunden Arbeit. Ist es das? Es wird um zwei Stunden mehr Leistung erbracht, wenn mensch gleiche Arbeit unterstellt.

Wenn mensch zehn Stunden am Schreibtisch sitzt und augenscheinlich nichts macht, hat mensch dann mehr Leistung erbracht als jemand, der acht Stunden Büroarbeit erledigt hat? Vielleicht. Derjenige, der zehn Stunden am Schreibtisch gesessen hat und augenscheinlich nichts gemacht hat, kann über ein komplexes Thema nachgedacht haben, er hat gearbeitet. Aber mit welcher Intensität hat er nachgedacht? Hat er während der zehn Stunden ausschließlich an das komplexe Thema gedacht oder ist er in seinen Gedanken abgeschweift? Es ist äußerst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, unterschiedliche Tätigkeiten zu vergleichen.

Wie mensch es dreht und wendet, die sogenannten Leistungsträger können nicht nach objektifizierbaren Kriterien beurteilt werden. Es handelt sich ausschließlich um subjektive gesellschaftliche Kriterien. In unserer neoliberalen Welt ist die Höhe des Einkommens das Leistungskriterium, egal wie es erworben wird.

Der Preis der Ware Arbeitskraft wird in kapitalistischen Gesellschaften auf dem Arbeitsmarkt durch Angebot und Nachfrage festgestellt. Wie auch auf

anderen Märkten ist die Marktmacht für den Preis = Lohn/Gehalt entscheidend. Es ist wohl kein Geheimnis (auch für Herrn Pröll nicht), dass die Verhandlungsmacht der Gewerkschaftsbewegung sehr geschwächt ist. Nicht die individuelle Anstrengung ist insgesamt (!) für die österreichische Lohn- und Gehaltsentwicklung verantwortlich, sondern die gesellschaftliche Verhandlungsmacht. Der Arbeitsmarkt ist, bei aller Fragmentierung, seit mindestens zwanzig Jahren ein Nachfragemarkt, das heißt, die Unternehmer bestimmen den Preis der Ware Arbeit, das ist der Lohn oder das Gehalt.

Der Pröll'sche Vorschlag nach Einführung eines Transferkontos ist ein weiterer Vorstoß neoliberaler Kreise, die ArbeitnehmerInnen insgesamt zu schwächen, notwendige Transferleistungen in Frage zu stellen beziehungsweise zu streichen, sowie eine Spaltung innerhalb der ArbeitnehmerInnen herbeizuführen. Und Pröll schürt den Neid. Das wird allzu deutlich, wenn er abschließend die Geber aufzählt: „Vom Landwirt aus Vorarlberg, vom Arbeiter aus dem Burgenland, vom Familienbetrieb aus Tirol, von der Kindergärtnerin aus Niederösterreich, vom Techniker aus der Steiermark, von der Freiberuflerin aus Salzburg, vom Lehrling aus Oberösterreich, vom Gastwirt aus Kärnten, vom Polizisten aus Wien. Das sind die Geber, die wir heute einmal beim Namen nennen wollen. Die Nehmer sind uns allgemein bekannt.“

Selbst ohne genaue Kenntnis der Durchschnittsgehälter der von Pröll angeführten „Gebertypen“ kann angenommen werden, dass zum Beispiel ein Lehrling nicht zu den Spitzenverdienern dieser Republik zählt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird er in die Pröll'sche Kategorie der Nehmer fallen, ebenso wie stark zu vermuten ist, einige andere der angeführten sogenannten Gebertypen. Pröll verwischt hier sein Argument, seine Geber sind auch Nehmer, wie sonst kann mensch 2,7 Millionen Menschen als Nehmer denunzieren, „die (...) uns allgemein bekannt (sind)“.

Machen Sie nur weiter so, Herr Pröll, dann gehen wir in absehbarer Zeit unruhigen Zeiten entgegen.

Ein Kollektiv von *HörsaalbefreierInnen*.

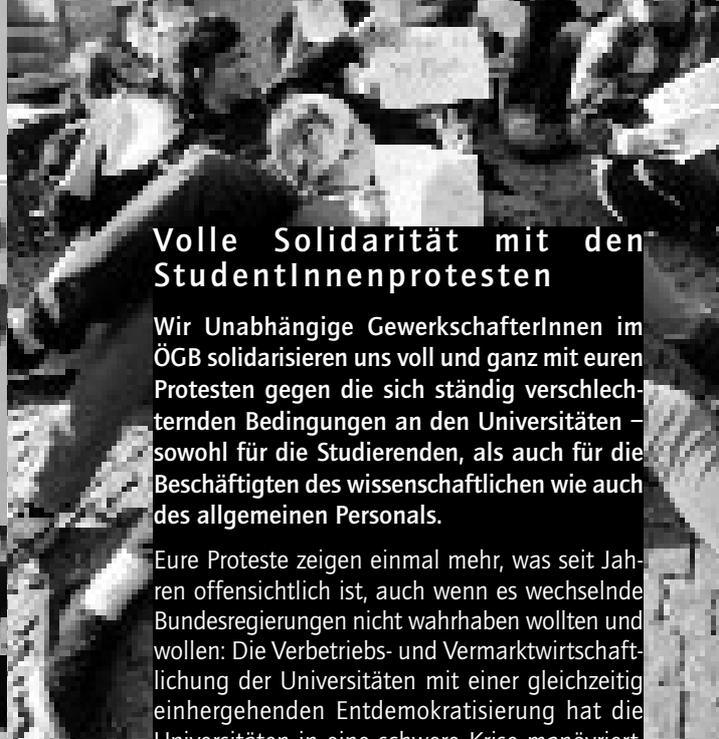
UNIVERSITÄTEN IN FLAMMEN

Am 22. Oktober wurde die Aula der Akademie der bildenden Künste von Studierenden besetzt, gleichzeitig wurde der Lehrbetrieb von den Lehrenden der Akademie bestreikt. Zwei Tage später folgte das Auditorium Maximum der Universität Wien. In den darauf folgenden Tagen wurden an allen größeren Universitäten des Landes Hörsäle gestürmt und zu Protestzentralen umfunktioniert. Am 28. Oktober fand in Wien eine Großdemonstration statt, an der (obwohl nur zwei Tage lang beworben) zwischen dreißig- und vierzigtausend Personen teilnahmen. Am 5. November folgte eine Kundgebung mit zwanzigtausend TeilnehmerInnen. Auch in Linz, Graz, Innsbruck, Salzburg und Klagenfurt fanden Demonstrationen statt, in Deutschland wurden sieben Universitäten besetzt.

Der Protest richtet sich gegen Zugangsbeschränkungen zum Studium, selektive Studieneingangsphasen und fordert mehr Flexibilität in den Studienplänen ein. Weiters fordern die AktivistInnen zum Beispiel aktive Frauenförderung an den Universitäten oder die Umsetzung des Behindertengleichbehandlungsgesetzes an den Universitäten. Auch viele Lehrende und Forschende haben sich mit den Protesten solidarisiert, vor allem externe LektorInnen und andere prekär Beschäftigte. Über fünfhundert Lehrende unterzeichneten die Petition der protestierenden Studierenden, eine Arbeitsgruppe namens „Squatting Teachers“ wurde gegründet, um Vorträge im öffentlichen Raum und in besetzten Hörsälen zu halten.

Der Auslöser der ersten Besetzung waren die Verhandlungen zwischen Rektorat und Bildungsministerium über die Leistungsvereinbarungen der Akademie der bildenden Künste, die eine Zwangsumstellung auf Bachelor und Master beinhalteten. Die Proteste konnten an der Universität Wien und anderen Unis schnell Fuß fassen. Gemeinsamer Nenner: die gravierenden Missstände an den Universitäten, katastrophalen Betreuungsverhältnissen und akute Raumnot, die sich in stark überfüllten Hörsälen und nicht verfügbaren Seminarplätzen äußert.

Die AktivistInnen verfolgten eine sehr offensive Medienstrategie und nutzten neue Medien, um in Echtzeit aus den besetzten Hörsälen zu berichten. Twitterfeeds und Livestreams aus



Volle Solidarität mit den StudentInnenprotesten

Wir Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB solidarisieren uns voll und ganz mit euren Protesten gegen die sich ständig verschlechternden Bedingungen an den Universitäten – sowohl für die Studierenden, als auch für die Beschäftigten des wissenschaftlichen wie auch des allgemeinen Personals.

Eure Proteste zeigen einmal mehr, was seit Jahren offensichtlich ist, auch wenn es wechselnde Bundesregierungen nicht wahrhaben wollten und wollen: Die Verbetriebs- und Vermarktwirtschaftlichung der Universitäten mit einer gleichzeitig einhergehenden Entdemokratisierung hat die Universitäten in eine schwere Krise manövriert. Eine verfehlte Universitäts- und Wissenschaftspolitik, welche die Studierenden sowie die Beschäftigten an den Universitäten auszubaden haben, hier vor allem die vielen JungwissenschaftlerInnen und LektorInnen, die unter oft prekärsten Bedingungen leben und arbeiten müssen.

Das Universitätsstudium darf kein Privileg für diejenigen sein, deren Eltern sich's leisten können. Der Hochschulzugang muss frei sein – beziehungsweise endlich werden! Denn so lange breite Bevölkerungsschichten aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse, ihrer „Bildungsherkunft“ oder aufgrund eines sozial selektierenden Schulsystems de facto vom Universitätszugang ausgeschlossen sind, kann von einem offenen Hochschulzugang nicht wirklich die Rede sein.

- Die Universitäten sind vom Bund mit jenen erforderlichen Ressourcen auszustatten, die für den Ausbau von Forschung und Lehre notwendig sind.
- Den Universitäten sind endlich jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die Lernen, Lehren und Arbeiten für StudentInnen wie Universitätsbedienstete unter besten Bedingungen ermöglichen.
- Die Universitäten müssen wieder ein Raum werden, der nicht nur Ausbildung, sondern der kritisches Denken und eine kritische, demokratische Auseinandersetzung mit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen fördert und ermöglicht.

- Die Universitäten müssen umfassend demokratisiert, Mitbestimmungsrechte der StudentInnen, des akademischen Mittelbaus wie auch des allgemeinen Personals wieder hergestellt werden!

In diesem Sinne stehen wir voll und ganz hinter euren Forderungen und wünschen euch viel Erfolg in eurem Kampf, der auch der unsere sein muss!

Auch wenn unsere Aktionsfelder unterschiedliche sein mögen – ihr steht in eurem Einsatz für eure Ziele nicht allein – für ein demokratisches, emanzipatorisches und solidarisches Bildungssystem:

Her mit der Bildungsmilliarde – Glück auf!

den Besetzungsplena erlaubten – vom eigenen Computer aus – einen niederschweligen Zugang zu den Forderungen und zum „Protestfeeling“ (wobei Bedenken zum Datenschutz weitgehend ignoriert werden). Die Medienstrategie der Besetzungen zeichnet sich auch durch eine große Ignoranz gegenüber Hierarchien oder möglicher Repression aus.

Intern organisieren sich die Besetzungen radikal basisdemokratisch. Interessierte können Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen vorschlagen, ein Infopoint versucht den Überblick zu behalten. In einem täglichen Plenum wird aus den Arbeitsgruppen berichtet und grundsätzliche Beschlüsse gefasst. Alle zentral vernetzenden Arbeitsgruppen bestehen nicht aus Delegierten, sondern sind für alle offen, die mitdiskutieren wollen.

Gegenüber Organisationen, Hierarchie und Repräsentation herrscht berechtigtes Misstrauen. Das geht soweit, dass die Entsendung von Delegierten grundsätzlich abgelehnt wird. Dieses Vorgehen ist sicherlich zeitintensiv, es entstehen aber auch keine Köpfe, die dem Protest voran gestellt werden und somit auch abgeschlagen werden könnten. Das politische Establishment versteht diese Proteste nicht, und die Medien starren gebannt auf

die gerade noch als „unpolitisch“ gebrandmarkte Generation.

Infos: <http://unsereuni.at/?p=4486>
Bilder: <http://unsereuni.at/?cat=16>

Die wichtigsten Forderungen der BesetzerInnen:

- keine verpflichtenden Studieneingangsphasen und Knock-out-Prüfungen
- Keine Zugangsbeschränkungen zum Master- und Doktoratsstudium
- Redemokratisierung der Universitäten
- Selbstverwaltete Räume an den Universitäten
- 50 Prozent Frauenquote an den Universitäten
- Die Umsetzung des Behindertengleichbehandlungsgesetzes an den Universitäten
- Bessere Arbeitsbedingungen für prekär beschäftigte Universitätsangestellte
- Die Aufrechterhaltung bestehender Diplomstudien
- Freies Lernen ohne Leistungsdruck

Die Universitäten und ihre Entscheidungsgremien.
 Von Ernst Eigenbauer, Ingrid Sperlich, Ulrike Stein.

GANZ SPEZIELL

An den Universitäten ist manches anders – nicht nur in Zeiten von Protesten. Das Universitätsgesetz 2002 (UG) war auch das Ausgliederungsgesetz für die 21 staatlichen Universitäten mit 1. Jänner 2004. Mit der letzten Novelle, die mit 1. Oktober 2009 in Kraft getreten ist, haben sich in einigen Bereichen wichtige Änderungen ergeben. Nach fünf Jahren also einmal an der Zeit, einige der im UG festgelegten Entscheidungsgremien – die es in dieser Art eben nur an den Universitäten gibt – zu beleuchten und vorzustellen:

UNIVERSITÄTSRAT

Der Universitätsrat ist in manchen Bereichen durchaus einem Aufsichtsrat vergleichbar. Er trifft die wesentlichen und grundlegenden Entscheidungen, die die Universität betreffen. Er besteht aus fünf, sieben oder neun Mitgliedern, die „in verantwortungsvollen Positionen in der Gesellschaft, insbesondere in Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft, tätig sind oder waren“. Ein Teil der Mitglieder wird vom Senat der Universität gewählt, ein Teil von der Bundesregierung auf Vorschlag der Bundesministerin bestellt. Das letzte Mitglied wird dann von diesen Mitgliedern bestimmt (soweit so kompliziert).

Seit der Ausgliederung der Universitäten 2004 wurde gefordert, dass die Betriebsratsvorsitzenden des Betriebsrates des allgemeinen und des Betriebsrates des wissenschaftlichen/künstlerischen Personals Sitz und Stimme im Universitätsrat erhalten. Die Novelle des Universitätsgesetzes sieht jetzt zwar ein Stimmrecht vor, allerdings sehr eingeschränkt nur für Punk-

te, die die Betriebsräte selbst auf die Tagesordnung setzen lassen. Hier scheiden sich noch die Rechtsmeinungen, wie dies dann in der Praxis ausgelegt werden kann – wir sind gespannt.

SENAT

Der Senat ist das einzige, nach Universitätsgesetz festgelegte demokratisch gewählte Organ im Uni-Konzept. Er entscheidet seit der UG-Novelle 2009 selbst, ob er aus 18 oder 26 Mitgliedern besteht. 13 oder 9 Universitäts-ProfessorInnen, 6 oder 4 Personen vom Mittelbau, 6 oder 4 Studierende und eine Person vom Allgemeinen Personal. Somit ist erfreulicherweise die absolute Mehrheit der Professorenkurie gebrochen – dafür verliert der Senat durch die Novelle leider an politischen Einfluss. Die Ausschreibung zur Wahl der Rektorin (zur Zeit leider in Österreich nicht vorhanden) oder des Rektors, ist in der alten Fassung vom Senat ausgeschrieben worden – jetzt macht das der Universitätsrat. Falls es zu keiner Einigung kommt – übernimmt das Ministerium.

Wo früher dem Senat die Benennung eines Dreivorschlag für die Wahl des Rektors vorbehalten war, wird jetzt eine Findungskommission eingeschaltet. Diese besteht aus der/dem Vorsitzenden des Universitätsrats und der Vorsitzenden des Senats. Falls es hier zu Versäumnissen kommt, springt der Unirat ein. Erfreulich ist die 40-Prozent-Quote für Frauen – diese Neuerung wird ausführlich unter Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vorgestellt.

Weiters ist der Senat unter Anderem für folgendes zuständig:

- Mitsprache in dienstrechtlichen Belangen, Stellungnahme (Zustimmung) zu dem vom Rektorat erstellten Entwurf des Entwicklungs- und Organisationsplans, Änderung der Größe des Universitätsrats und Wahl von Mitgliedern des Universitätsrats, Mitwirkung an Habilitations- und Berufungsverfahren, Erlassung und Änderung der Curricula für ordentliche Studien und Lehrgänge, Erlassung und Änderung der Satzung (gewissermaßen die Verfassung der Universität) auf Vorschlag des Rektorats.
- Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen

Es war und ist Aufgabe des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen (AKGL), Diskriminierungen auf Grund des Geschlechts entgegenzuwirken. Seit der Novellierung des Universitätsgesetzes ist der AKGL auch für die anderen Diskriminierungstatbestände (festgeschrieben im Bundesgleichbehandlungsgesetz), nämlich ethnische Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Alter oder sexuelle Orientierung, zuständig – ein wichtiger Schritt. Gerade beim Bereich des allgemeinen Personals, wo bereits eine Frauenquote weit über die „magische“ Marke von 40 Prozent erreicht ist, muss auf die anderen möglichen Diskriminierungen geschaut werden. Hier ist es gerade das Alter, das wohl – versteckt oder offen – oft genug Grund sein wird, jemanden nicht einzustellen oder auf andere Art und Weise zu diskriminieren.

Anmerkung: „magisch“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass im UG



spezielle Frauenfördermaßnahmen vorgesehen sind für Bereiche, in denen keine 40-prozentige Frauenquote erreicht ist.

Der AKGL hat durch die Novelle des Universitätsgesetzes noch eine weitere wichtige Aufwertung erfahren: er kann nun die Zusammensetzung aller Kollegialorgane (zum Beispiel Senat, diverse Kommissionen) an der Universität beanspruchen, wenn in diesen nicht mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sind. Das ist wichtig und richtig, auch wenn für uns als Mitglieder im AKGL dadurch eine Menge an neuer Aufgaben auf uns zukommt. Jetzt wäre es noch wünschenswert, wenn die Arbeit im AKGL aufgewertet würde – wir werden das immer wieder einfordern.

Die Mitglieder der AKGLs an den einzelnen Universitäten werden übrigens ganz unterschiedlich bestellt – an manchen Unis durch Wahl (so auch an der Medizinischen Universität Wien), an manchen Unis werden Hearings durchgeführt, um zu entscheiden, wer mitarbeiten darf.

Arbeit in Gremien (Senat, AKGL, natürlich auch Betriebsrat) kostet Zeit und Engagement und ist in den meisten Fällen zusätzlich zur beziehungsweise neben der Erwerbsarbeit aufzubringen. Als (noch) eher kleine Gruppe ist es oft schwierig, dies alles unter einen Hut zu bringen. Aber: wir sind von dieser – unserer wichtigen Aufgabe – „überzeugt“, und wenn ihr LeserInnen Lust und Interesse an dieser Arbeit habt oder auch mehr wissen wollt, meldet euch bitte bei info@imun-ug.info.

Die AutorInnen sind (Ersatz-)Mitglieder im Betriebsrat und im AKGL an der Medizinischen Universität Wien

„Gemeinsam schaffen wir's“

Für den 1. November hat eine Initiative „ArbeitnehmerInnen unterstützen die Forderungen der StudentInnen“ aufgerufen, die Studis durch einen Soli-Besuch zu unterstützen.
Von Renate Saßmann.

Als ehemalige Arbeitnehmerin fühlte ich mich durchaus angesprochen und hab diesen Aufruf in diesem Sinne auch weiter kommuniziert.

Dann war es soweit: Wir trafen uns auf der Unirampe, natürlich nicht mit leeren Händen: Unsere Kids sollen doch nicht mit leerem Magen für Ihre Rechte kämpfen. Sich freizukaufen war und ist natürlich auch eine Möglichkeit und die jungen Leute in der Volkküche waren hoch erfreut über unsere Mitbringsel. Wir als AUG/UG haben schon vor einigen Tagen Gulasch und eine vegane Suppe, zubereitet vom KUKU, in die Volksküche bringen lassen. Der Wunsch von Julia, einer damals Verantwortlichen, ein veganes Gulasch zu liefern, kam allerdings für Uli zu spät. Das Fleisch war schon besorgt und verarbeitet. Aber, wie ich so hörte, ist das Fleischgulasch auch gut angekommen.

Und dann saß ich zum ersten Mal in meinem Leben im Audimax, umringt von jungen, wachen Menschen, die gerade dabei waren, Demokratie und Selbstverwaltung zu üben. Einige der Wortmeldungen der ArbeitnehmerInnen bekamen heftigen Applaus, auch die solidarischen Grüße des Betriebsrates von Siemens-PSE, die Linda überbrachte, kamen bei den jungen Menschen sehr gut an.

Die Stimmung erinnerte mich an die 1970er Jahre: Aufbruch, Hoffnung! Ein „Gemeinsam schaffen wir das“ lag in der Luft.

UNIVERSITÄT WÜRZBURG

Die 100-jährige Universität Würzburg feiert im November 2009 ihr 100-jähriges Bestehen. In diesem Zusammenhang wird eine große Feier am 1. November 2009 in der Aula der Universität Würzburg abgehalten. Die Feier wird von 10 bis 12 Uhr im Saal der Aula der Universität Würzburg abgehalten. Die Feier wird von 10 bis 12 Uhr im Saal der Aula der Universität Würzburg abgehalten.

Die 100-jährige Universität Würzburg feiert im November 2009 ihr 100-jähriges Bestehen.

WÜRZBURG

Die 100-jährige Universität Würzburg feiert im November 2009 ihr 100-jähriges Bestehen. In diesem Zusammenhang wird eine große Feier am 1. November 2009 in der Aula der Universität Würzburg abgehalten. Die Feier wird von 10 bis 12 Uhr im Saal der Aula der Universität Würzburg abgehalten.

unsere uni

DER FUNKE

Am Freitag hab ich an einer Führung durch die Uni-Wien teilgenommen, die AG „Offene Tür“ hatte viele E-Mails ausgeschrieben. Rund zwanzig Interessierte sind gekommen, zwanzig StudentInnen und ein ORF-Kamera-Team (Thema) haben sich in der Kälte des Uni-Hofes getroffen und sind dann durch den Eingangsbereich, am Medien-/Pressezentrum vorbei, in die Volksküche zum Info-Point ins Audi-Max (ein einprägsames Transparent unter vielen: „Reiche Eltern für Alle“) und vorbei an einer auf dem Gang hinter dem Audimax diskutierenden AG Medizin. Dann hat sich der Rundgang irgendwie aufgelöst und ich hab ich mich zu einer gerade tagenden Arbeitsgruppe „Theater im öffentlichen Raum“ gesetzt. Die Arbeitsgruppen sind grundsätzlich offen für ZuhörerInnen und MitarbeiterInnen.

Aufgefallen ist mir die Entschlossenheit und differenziert-überlegte Ernsthaftigkeit der AktivistInnen. Nach dem spontanen Beginn der Besetzung und einem als chaotisch beschriebenen Eröffnungsplenum, bei dem Polit-Parolen und der Kampf ums Mikrofon eine große Rolle gespielt haben, wurde eine AG Plenum gebildet, die eine für Plenum und Arbeitsgruppen stimmige Form gefunden hat – die wurde auch bei der Führung eingefordert und eingehalten: Zuhören – Ausreden lassen und nicht ins Wort fallen – Nachdenken – Sich per Handzeichen zu Wort melden – Unterschiedliche Standpunkte und Motive anerkennen und als Stärke der Bewegung nehmen können.

Ein weiteres Merkmal ist die personelle Diskontinuität und Kontinuität der basisdemokratischen Organisation dieser studentischen Protest- und Bildungsbewegung. Die Audimax-Besetzung ist kein auf diesen Ort und eine Forderung eingegrenzter Event, es wird dort und in den Arbeitsgruppen diskutiert, wer eine Vorlesung oder Prüfungsvorbereitung hat, fehlt beim nächsten Termin der Gruppe, die von Anderen besucht wird, die Informationsweitergabe erfolgt durch die

StudentInnen haben eine nationale Bildungsdiskussion begonnen – Es geht nicht nur um mehr Geld für die Unis.
Von Reinhart Sellner.

KollegInnen, die wieder dabei sind – und das sind nicht immer die Selben. Vielleicht erklärt das, warum die Besetzung über Feiertage und Wochenende weitergegangen ist und weitergehen kann.

Die Medien wirken eher ratlos, weil anderes passiert als Besetzungsparty, studentisches Chaos, eine Demo und Aus. Das sprachliche Bild vom „Funken, der überschwappt“ macht das offensichtlich. Denn Demonstrationen und spontane Besetzungen kamen unerwartet und von keiner Strategie-Gruppe geplant. Sie erweisen sich als ein Ergebnis jahrelang ertragener Frustration und Geringschätzung der StudentInnen und ihrer Universitäten durch Regierungen und Parlament.

Die Unterstützung über die Unis und über Landesgrenzen hinaus war ebenso wenig absehbar. Stellungnahmen der Arbeiterkammern und die Solidaritätsadresse des ÖGB-Vorstandes für die studentischen Forderungen nach freiem Hochschulzugang, Beseitigung sozialer Bildungsbarrieren, nach ausreichenden öffentlichen Mitteln für Lehre und Forschung, nach Mitbestimmung – war eine Mehrheitsresolution, die gegen die FCG/ÖVP-Linie in der Hochschulfrage gefasst worden ist. Wenn es nach den Intentionen der aktiven StudentInnen geht, wird eine breite Bildungsdiskussion in Gang gesetzt, die Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung mit einbezieht.

Die FCG-dominierte GÖD, Vertretung der an den Unis Beschäftigten, die

vom UG 2002 und der chronischen Unterdotierung der Unis massiv betroffen sind, verschweigt sich bisher und ist lieber mit sich selbst und dem Personalvertretungswahlkampf beschäftigt. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD/UGÖD waren übrigens die erste Gewerkschaftsgruppierung, die sich solidarisiert hat.

Die Bildungsdiskussionen an der Uni finden inzwischen auch mit Beteiligung von PH-StudentInnen statt. Und vorerst in Wien auch mit Beteiligung der ÖLI/UG. Dabei geht es nicht um moralische Unterstützung, sondern um ein aktuelles und akutes gemeinsames Anliegen: Die Zweiklassengesellschaft in Schule, LehrerInnenausbildung und LehrerInnenbezahlung – „vollakademische“ Universitätsausbildung (Mag.) für AHS- und BMHS-BundeslehrerInnen („höhere Bildung“) samt AkademikerInnen-Gehaltsstaffel auf der „besseren“ Seite, während die PflichtschullehrerInnen mit Pädak/PH-Kurzstudium (6 Semester, seit kurzem mit Titel „Bachelor of Education“ ohne Master-Anschluss) und geringerem Einkommen abgespeist werden. Ab 2010 soll es eine gemeinsame LehrerInnenausbildung geben, „universitär“ – aber es gibt seitens der Regierung keine Festlegung auf das sinnvoll-notwendige Master-Niveau für alle. Die Bildungsdiskussion an den Unis, wenn sie LehramtsstudentInnen und Lehrende an Unis und PHs erreicht, könnte hier positiv in Richtung demokratischer Ausbildungs-, Bildungs- und Schulreform wirksam werden. Just in time. Noch ist der ExpertInnen-Entwurf von BMUKK und BMWF in Arbeit – noch Ende 2009 soll er fertig sein und in die öffentliche Diskussion gehen.

WESSEN UNI? UNSERE UNI!

Seit Mitte Oktober werden Hörsäle in einigen österreichischen Universitäten besetzt, der Funke ist mittlerweile auch nach Deutschland übergesprungen.

Von Renate Vodnek.

Ab 2009/10 sollen die Universitäten „qualitative Zulassungsbeschränkungen“ (UG 2002, § 64) in Master- und Doktoratsstudien festlegen können. Damit kommt Minister Hahn der jahrelangen Forderung der Universitätskonferenz (dem Gremium aller RektorInnen) nach Zugangsbeschränkungen in allen Fächern nach. Zusätzlich muss es in allen Studien ohne gesetzliche Zulassungsregeln ab 2011/12 Studieneingangsphasen geben – nur deren positive Absolvierung ermöglicht in Zukunft das Weiterstudium. (§ 66) Die ÖH-Uni Wien äußerte Bedenken, dass so „durch „kreativ ausgewählte qualitative Bedingungen eine quantitative Beschränkung erfolgen“ kann. Schon derzeit bestehen an fast der Hälfte der österreichischen Unis restriktive Zugangsbeschränkungen. Trotz der Tatsache, dass internationalen Studien und Vergleiche zeigen, dass Österreich zu wenig Studierende hat. Laut der aktuellen OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ liegt Österreich bei der StudienanfängerInnenquote mit 42 Prozent im untersten Viertel der OECD-Staaten, die im Schnitt 14 Prozent höher liegen. Auch die AkademikerInnenquote beträgt in Österreich nur 22 Prozent gegenüber dem OECD-Schnitt von 39 Prozent.

Müller-Uri, ehemalige ÖH-Uni Wien-Aktivistin, charakterisiert das UG: „Neoliberale Umstrukturierungen der Universitäten durch Studiengebühren,

strukturelle Entdemokratisierungen der Gremien im Zuge des Bologna-Prozesses, Zugangsbeschränkungen und finanzielle Aushungerungsstrategien der Unis tragen dazu bei, das Studium zunehmend an ökonomischen Verwertungskriterien auszurichten.“

Immer öfter ist im Zusammenhang mit den aktuellen Studierendenprotesten von der drohenden Privatisierung der Hochschulen zu hören. Dass Befürchtungen dahingehend nicht unbegründet sind, zeigt unter anderem die Beschäftigung mit den auf EU-Ebene vorangetriebenen „Liberalisierungsbemühungen“ im Dienstleistungssektor, von denen auch die Universitäten betroffen sind. „Der Beschluss der EU-Dienstleistungsrichtlinie setzt auch Bildung als Dienstleistung zunehmend unter Druck, denn sie wurde aus dem Regelwerk, das den Wettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen forciert und verstärkt private Anbieter zulässt, nicht explizit herausgenommen. Durch den Übergang zur Wissensgesellschaft stellt Bildung einen der zentralsten „Märkte“ – mit einem geschätzten Wert von 27 bis 50 Billionen Dollar jährlich – dar – kein Wunder also, dass private Anbieter und Konzerne ein Stück von diesem zur Zeit noch größtenteils öffentlich verteilten Kuchen

haben wollen. Das Interesse, den Bildungsbereich Marktmechanismen zu unterwerfen, wird durch die Tatsache, dass Bildungsausgaben zumeist antizyklisch sind, noch verstärkt: Denn in einer Krise steigen die privaten, staatlichen und kommunalen Bildungsausgaben: Für Umschulung, Zusatzqualifikationen, Weiterbildung, Nachhilfe werden bei drohender Arbeitslosigkeit mehr Gelder ausgegeben.“

Auch im Entwurf des österreichischen Dienstleistungsgesetzes wird man die Universitäten vergeblich im Ausnahmekatalog suchen. Es ist bemerkenswert, dass Österreich nicht nur die Position einer reinen Erfüllung der Richtlinie eingenommen hat, die Regierung will diese in vorseilendem Gehorsam weitreichender implementieren. Von der öffentlichen Diskussion darüber weitestgehend abgeschirmt, soll das Dienstleistungsgesetz Ende Dezember in Kraft treten.

Bemerkenswert bei den Protesten der Studierenden ist der Bezug zu anderen (Berufs)Gruppen: gefordert wird unter anderem auch ein Schluss mit prekären Dienstverhältnissen für Lehrende, ArbeiterInnen und Angestellte. Anfang November gab es eine gemeinsame Protestaktion der Studierenden mit GewerkschafterInnen vor der Wirtschaftskammer. Ausgehend von diesen Protesten kann sich eine breite Protestbewegung gegen die massiven Einsparungspläne entwickeln, die ja nicht nur den Bildungssektor betreffen, sondern nur die ohnehin Vermögenden ausklammern. Erste Ansätze dafür sind bereits erkennbar, sei es bei den gegenseitigen Solidarisierungen von den Studierenden und den KindergartenpädagogInnen oder dem derzeit im Entstehen befindlichen Bündnis „Jetzt reicht uns mit eurer Krise.“

<http://jetztrechtsuns.blogspot.com/>

Betrachtungen der Uni-Proteste eines Veteranen von 1987. Von Bernhard Redl.

GLOSSE

DAS WEITERTRAGEN DER FACKEL

Wenn mich auf den Tag genau vor 22 Jahren jemand gefragt hätte, wo ich derzeit wohne, hätte ich wohl gesagt: Im Audimax! Ich war damals dort ein bisschen sowas wie der Revolutionshausmeister. Der, der am Podium Informationsdienst machte, wenn gerade kein Plenum war und die großen Redner woanders ihre Weisheiten zum Besten gaben, und der, der dann beim Plenum dafür sorgte, daß die Mikros funktionierten. Und ansonsten war ich auf der Straße – von einer Aktion zur nächsten, von einer Demo zur nächsten oder gar zur gleichzeitig stattfindenden. Schlaf brauchte ich kaum, vielleicht irgendwann einmal drei Stunden irgendwo im Eck im Audimax oder im Informationsbüro – das war dort, wo heute die Volksküche ist. Ob Tag oder Nacht war, wußte ich nicht mehr; daß es manchmal draußen hell und manchmal dunkel war, hatte keinerlei Bedeutung.

Jahre später, 2000, Schwarzblau war an der Regierung und die Einführung von Studiengebühren dräute. Wieder Proteste an der Uni. Ich galoppierte hin: ich sah das volle Audimax und die alte Saite in meinem Herzen wurde wieder zum Klingen brachte. Ich fand es wundervoll, auch wenn schon lange kein Student mehr, wieder diese Bilder zu sehen.

Doch leider: Alles war irgendwie vororganisiert, die ÖH (mit einem AG-Vorsitzenden) hatte sich an die Spitze des Protests gestellt, und ich war enttäuscht. Das produktive Chaos, die brodelnde, zischende, fauchende Ideenküche von 1987 war das nicht mehr.

Und jetzt das! Nein, die alte Saite klingt in mir nicht mehr, dazu ist alles zu lang her – und trotzdem: Dieser Protest! Der brodeln und brennen wieder so richtig. Ein Lauffeuer geht um und diese Bewegung hat Chancen, auch EU-weit und international Aufsehen zu erregen oder sogar Nachahmung zu finden. Es hat sogar Chancen, auf andere Bereiche des Lebens und Arbeitens in Österreich überzugreifen – auch wenn sie leider eher gering sein mögen.

Rückblende zu 1987: Auch damals ging es nebenbei um überfüllte Hörsäle, vor allem aber um die soziale Lage der Studierenden – obwohl wir es damals noch fast luxuriös hatten im Vergleich zu heute, denn Studiengebühren spukten nur in den Köpfen von ein paar ÖVP'lern rum, die sich aber kaum traute, diese Idee offen auszusprechen. Uns ging es vordergründig noch um Dinge wie die Fortzahlung der Familienbeihilfe, die Offi-Freifahrt, die Anrechnung von Studienzeiten für die Pension und die Wiedereinführung des Akademikertrainings. Wir trafen aber vor allem einen Nerv: Der beginnende Abbau des vor allem von der Kreisky-Ära geprägten Sozialstaates, der 1983 mit dem „Mallorca-Paket“ von Kreisky selbst noch eingeläutet worden war.

Und so gab es auch damals genau wie heute eben nicht nur Solidaritätserklärungen von Uni-Gruppen aus aller Welt, sondern auch von manchen Teilen der Gewerkschaft. Doch wir waren damals sehr naiv – eine kleine Gruppe

von uns war sogar der Ansicht, wir könnten, da ja die Sparmaßnahmen fast alle Menschen in diesem Land betrafen, den ÖGB zur Ausrufung eines Generalstreiks bewegen. Ja, wirklich, das haben wir geglaubt! Als es aber hieß, wir wollen die warnstreikenden Arbeiter bei ELIN mit einer Solidaritätsdemo unterstützen, kamen gerade mal 30 Leute zusammen, um an der Wiener Peripherie sich die Straße zu nehmen – nun ja, wir hatten so wenig Power, dass uns die Polizei sogar dazu zwingen konnte, auf dem Gehsteig zu bleiben. Die Bewegung, so kraftvoll sie war, bleib auf der Uni ...

Wir schreiben das Jahr 2009 – wieder geht es um die Rechte der Studierenden. Und wieder kann man ihnen vorwerfen, dass es ihnen nur um ihre Partikularinteressen geht. Der Vorwurf ist nicht unberechtigt, aber es geht auch darum, wohin unser Bildungswesen geht. Die Tendenzen zu Eliteunis einerseits und Billigstudien andererseits betreffen eben nicht nur die Studierenden, sondern natürlich die gesamte Gesellschaft. Denn die berühmte Gratis-Massenuni konnte – trotz immer vorhanden gewesener struktureller Diskriminierung von „Arbeiterkindern“ – doch so etwas wie universitäre Bildungsmöglichkeiten für weite Bevölkerungsschichten ermöglichen.

Was ist anders 2009 als 1987? Viel war die Rede von Facebook und Twitter – dieses Mediennarrativ prägt sehr die Debatte. Ja, wir hatten damals kein Internet und keine Laptops und keine Handies. Und? Das Audimax schaut jetzt fast genauso aus wie damals – denn die neuen Medien mögen viele

WAS IST LOS MIT UNSEREN STUDENTEN?

WIR FRAGEN DEN BE-
RÜHMTESTEN KRIMINAL-
PSYCHOLOGEN UND
PROFESSOR THOMAS



FBI INTENSIV BE-
FORSCHT HIER, ISCHT WAS
NEUER TRIEBSCHÄNDE
HIER



MÄNNLICHEN SCHÜ-
LERINNE WIE DURCH
DIE KÖRPERLICHE ANGELE
UND SEMINAR RÄUME
HERBEIGEFÜHRT WER-
DEN. WERTE NÄHE ZU
WENIGEREN SCHÜLERIN-
NEN



THOMAS MÜLLER: WAS
IST LOS MIT UNSEREN
STUDENTEN?



AUSSERSCHIT PROBLE-
MATISCHES WESEN:
EINERSEITS SELBSTER



HEITIGEN TRIEBSCHNAP-
AUSLESEN DER ZU PSYCHO-
PATHOLOGISCHEN MANI-
FESTATIONEN FÜHRT,
WASER DEMONSTRATI-
ONEN NACH DIE ANGE-
SICHT AUSFÜHRUNG SIND



DER SCHÜLER
DEN KÖRPERLICHES
MEINERZEIT BEI



VON EINEM GE-
WISSEN BILDUNGS-
TEILER, ANDERSEITS
DIE UGH SEHEN WIR,
ICH REDE HIER VOM



ALLES SCHWANN
NICHTS GUTES



UND AUCH NACH



DIE AUSGEWÖHNENHEITSPOLITZEI WARNT:
NICHT IMMER NUR VERURTEILT MAN SONDERN
AUCH DAS **GUTE** IM ISLAMISTENSCHEN

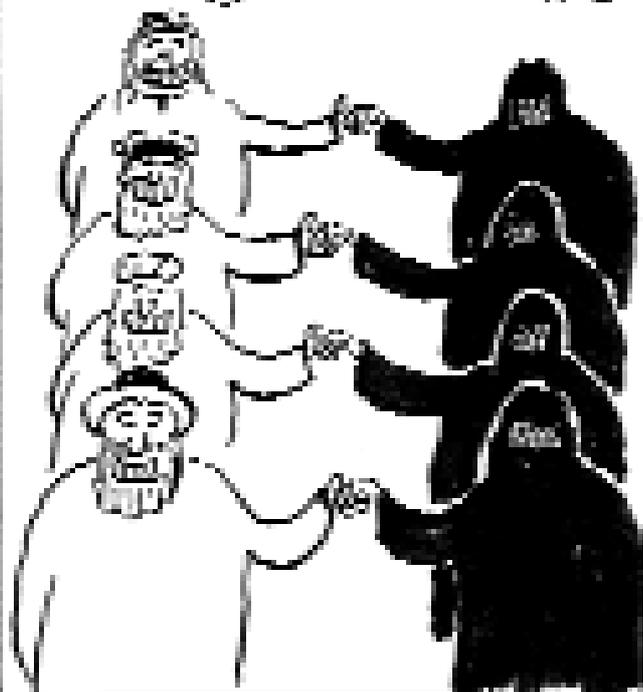
DER ISLAMIST GEHT
NIEMALS IN DER KÜRZEN
AUF DIE STRASSE



DER ISLAMIST FÄHRT
NICHT BESOFFEN MIT



DER ISLAMIST KENNT
KEINEN SPERNBALL



DER ISLAMIST LÄSST
SEINEN HUND NICHT
AUF DEN GÄHSTIG SCHISSEN



WENN DAS NICHT **GUT** IST!

MEHR ALS 2000 VERSC



KindergartenpädagogInnen demonstrierten für gerechten Lohn und kleinere Kindergruppen.

„Zu einer Demo geh ich nicht, bringt ja nix“. Das sahen am 17. Oktober tausende KindergartenpädagogInnen und AssistentInnen anders – und viele österreichische Medien haben sie gehört.

Eine derartige Medienpräsenz mit durchwegs positiver Berichterstattung hat es schon lange nicht gegeben. Kronen-Zeitung, Kurier, Presse, Standard, Heute, ORF ZIB 1, ORF Wien, 88,6, FM4, Ö3, ORF.at waren mit Photographen, Mikrofonen und Kameras vor Ort.

Aufgerufen zur Demonstration „SOS Kindergarten – Aktion Aufschrei“ hatte ein Bündnis, dem unter anderem die KIV, das Kollektiv Kindergartenaufstand, die Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen sowie work@social in der GPA-djp angehörten. Die GdG-KMSfB war immerhin mit einem von der Jugendabteilung entliehenen Megaphon vertreten...

Die Forderungen auf einen kurzen Nenner gebracht:

- Mehr Personal
- Kleinere Gruppen
- Bessere Bezahlung

Die bisherigen Reaktionen von Stadtrat und GdG-Führung sorgen bei den KollegInnen nur mehr für Kopfschütteln und Empörung. Christian Oxonitsch verschanzte sich hinter der Gewerkschaft, mit der eh' schon Gespräche geführt werden. Der Gewerkschaftsvorsitzende lässt ausrichten, er lasse sich nicht auf die Straße zwingen und mache lieber Konzepte.

Die bewahrt er – falls es sie wirklich gibt – in seinem stillen Kämmerlein auf. Niemand kennt sie, sie können daher auch nicht diskutiert werden. Innergewerkschaftliche Demokratie ist mittlerweile ein Fremdwort. Die Gewerkschaftsführung ist drauf und dran, ihre letzte Reputation bei den KollegInnen zu verspielen.



HAFFTEN SICH GEHÖR



Zukunft Kindergarten: Verantwortungvolle und gerechte Bezahlung für die MitgestalterInnen der Zukunft Wiens

Antrag der AUGE/UG zur 152. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 3. November 2009.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer-Wien fordert:

- Bereitstellung von ausreichend Mitteln für eine wirkliche Bildungs-Offensive
- Einstellung von genügend qualifiziertem Personal in allen Wiener Kindergärten
- Lohn- und Gehalts-Reform für die Beschäftigten der Wiener Kindergärten.

Begründung: Das Land Wien übernimmt eine VorreiterInnen-Rolle im freien Bildungs-Zugang der frühkindlichen Erziehung. Seit September ist der Kindergarten von 0–6 Jahren beitragsfrei, was sehr begrüßenswert ist.

Um qualitativ hochwertige Bildungs-Chancen für jedes Kind zu gewährleisten ist es allerdings unumgänglich, dass die Bildung, Betreuung und individuelle Förderung durch ausgebildete Kindergarten-PädagogInnen ermöglicht wird. Und zwar in allen Institutionen, mit den notwendigen Rahmen-Bedingungen und während der gesamten Öffnungszeit. Schon jetzt fehlen aber allein bei den städtischen Kindergärten an die hundertvierzig PädagogInnen, die Arbeits-Bedingungen und die Bezahlung sind wenig attraktiv. Um das notwendige pädagogische Personal zu bekommen, muss flankierend zu der Budgetierung des freien Bildungs-Zuganges eine Lohn- und Gehalts-Reform für die Kindergarten-PädagogInnen und AssistentInnen vorgenommen werden, welche auch ein gesellschafts-politisches Zeichen der Anerkennung um die Bildungs-Institution Kindergarten ist.

Wir fordern daher: Verantwortungvolle und gerechte Bezahlung für die MitgestalterInnen der Zukunft Wiens, der Zukunft „Kinder“.



„Nein zu Krankenstands-Rückkehrergesprächen“: Eine Chronologie
des AUGÉ/UG-Antrages bis zur Mehrheit in der Wiener Arbeiterkammer *Von Christine Rudolf.*

SCHLUSS MIT DROHUNGEN

Wir schreiben den 3. November 2009, es ist 7.30 Uhr. Eine Gruppe von Kollegen der Wiener Rettung und KIV-PersonalvertreterInnen versammelt sich vor den Toren des Bildungszentrums der Wiener Arbeiterkammer (AK) in der Theresianumgasse, „bewaffnet“ mit Flugzetteln. Grund dieser Aktion: Ab 9.30 Uhr tagt die Arbeiterkammer-Vollversammlung in Wien – die zweimal im Jahr stattfindende Sitzung des ArbeitnehmerInnen-Parlamentes, auf der über Anträge der verschiedenen vertretenen Gruppierungen, welche dann die Politik der Arbeiterkammer im Rahmen ihres Auftrages als gesetzliche Interessensvertretung bestimmt, entschieden wird. Und davor finden traditionell die Fraktions-Sitzungen statt – also eine gute Zeit, um die Arbeiterkammer-RätInnen vielleicht noch von der Wichtigkeit so mancher Anträge überzeugen zu können.

Die AUGÉ/UG stellt diesmal einen Antrag, der sich auf die Praxis der in der Gemeinde Wien üblichen Krankenstands-Rückkehrergespräche und damit verbundenen Aufzeichnungen von Krankenstands-Gründen bezieht. Die

KollegInnen der Wiener Rettung sind selbst davon betroffen und gerade kranke KollegInnen fühlen sich zunehmend von der Dienstgeberin Stadt Wien unter Druck gesetzt. Wie KollegInnen aus anderen Magistratsabteilungen auch, bekommen sie sogar Briefe zugesendet, in welchen ihnen im Krankenstand mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis zur Kündigung gedroht wird. Der Titel ihres Flugblattes: „Schluss mit Drohungen wegen Krankheit. KIV fordert SPÖ-Stadtregierung auf, kranke MitarbeiterInnen endlich in Ruhe zu lassen.“ Sie erhoffen und erwarten sich von der heutigen Sitzung des ArbeitnehmerInnen-Parlamentes und ihren InteressensvertreterInnen ein klares Votum für den diesbezüglichen AUGÉ/UG-Antrag und ein Bekenntnis, dass die Stadt Wien diese Praxis unterlassen soll. Fahler Beigeschmack der Aktion: unsere KollegInnen wurden bei strömenden Schneeregen dazu aufgefordert, nicht im Vorraum sondern vor der Tür die Flugzettel an ihre Arbeiterkammer-RätInnen zu verteilen. Nur eine Anmerkung dazu: die Arbeiterkammer-Vollversammlungen sind eigentlich öffentlich zugänglich. Und ein gutes Bild macht das nicht gerade, wenn man Mitglieder hinaus komplimentiert, nur weil sie ihren Anliegen aktiv Ausdruck verleihen wollen. Aber sei es wie es sei – die KollegInnen werden sich das auch in Zukunft sicher nicht verbieten lassen.

Im Rahmen der Berichterstattung über den Skandal der Österreichischen Bundesbahnen im Zusammenhang mit

Aufzeichnungen von Krankenstands-Gründen von MitarbeiterInnen wurde auch die Praxis der Gemeinde Wien – zunächst bezogen auf die MA 48 (Müllabfuhr) und in dieser Magistrats-Abteilung verwendete Fragebögen für sogenannte „Rückkehrergespräche“ bei denen Krankenstands-Gründe, zu erwartende Folge-Krankenstände usw. erhoben werden und dann persönlich unterfertigt und an die Personalstelle übergeben werden müssen – aufgedeckt. In der Folge gab es immer mehr Meldungen aus verschiedenen Abteilungen der Gemeinde Wien, in denen dies auch üblich wäre (auch über die erwähnten „Droh-Briefe“). In mehreren medialen Stellungnahmen dazu gab der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB) an, dass diese Gespräche nur auf freiwilliger Basis geführt würden und keine dienstrechtlichen Konsequenzen zur Folge hätten. Es ginge dabei, wie es dann in der offiziellen GdG-KMSfB-Stellungnahme hieß, lediglich um einen Teil eines betrieblichen Eingliederungs-Managements, um die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen zu erhalten. Und bezüglich der Briefe im Krankenstand signalisierte Kollege Meidlinger in einem Interview in „wien heute“ Verständnis für den Dienstgeber, denn man müsse ja irgendwie mit den KollegInnen in Kontakt kommen, beziehungsweise bleiben können.

Aus Erzählungen der betroffenen KollegInnen und teilweise auch nachweislich ging allerdings klar hervor: die KollegInnen werden unter Druck ge-



CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE SEKRETÄRIN
DER KIV UND WIENER
ARBEITERKAMMERRÄTIN
DER AUGÉ/UG.

Protest der Rettung gegen die Personalpolitik der Stadtregierung

Am 3. November 2009 in der Früh, vor dem Beginn der 152. Vollversammlung der Arbeiterkammer-Wien, haben wir Flugblätter an die AK-RätInnen verteilt.



Aber: Um alle AK-RätInnen zu erreichen (vor allem jene der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, die zur Fraktionssitzung gegangen sind), wollten wir in der Arbeiterkammer im Eingangsbereich die Flugblätter verteilen.

Ein ziemlich aufgeregter Angestellter der Arbeiterkammer hat uns aber gleich rausgeschmissen, ziemlich unfreundlich. Könnte ja jeder kommen und den AK-RätInnen etwas in die Hand drücken. Eigentlich ist ja die Arbeiterkammer das so genannte „Parlament der ArbeitnehmerInnen“. Offensichtlich wollen die FSG-ArbeiterkammerrätInnen nicht von ArbeitnehmerInnen belästigt werden.

An die Adresse der Arbeiterkammer: Wir sind stinksauer. So behandelt man Kollegen nicht. Die Kollegen der MA 70 haben auf ein wichtiges Anliegen aufmerksam gemacht und einen Antrag der AUG-UG zu den Droh-Briefen und Krankenstands-Rückkehrergesprächen unterstützt.

setzt, an diesen „freiwilligen“ Gesprächen teilzunehmen und Krankenstands-Gründe bekannt zu geben; oft fänden diese Gespräche ohne Beziehung der Personalvertretung statt (ob diese es dann weiß, sei dahingestellt); wenn man sich weigert zu diesem Gespräch zu gehen, würde man in die Personalstelle zitiert; die KollegInnen fühlen sich dadurch teilweise bedroht, gemobbt und von ihrer Personalvertretung nicht gut vertreten; die KollegInnen gehen oft trotz Krankheit arbeiten, aus Angst vor dienstrechtlichen oder auch finanziellen Konsequenzen, die daraus folgen, etc.

Was dabei mehr und mehr klar wurde: die zuständige Gewerkschaftsvertretung ist entweder schlecht informiert oder, aus der Problematik heraus, sich als FSG-Mehrheit in der Gewerkschaft in dieser Frage nicht gegen die SPÖ-Mehrheit in der Stadtregierung stellen zu können, gelähmt. Wieder mal ein Interessenskonflikt?

Teil der Begründung in unserem Antrag war auch eine Stellungnahme der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) zur Causa „Krankenstands-Rückkehrergespräche“, welche sich dezidiert gegen derart geführte Gespräche ausspricht. „(...) Krankenstands-Rückkehrergespräche setzen ArbeitnehmerInnen unter Druck, weil sie ein Klima des Misstrauens erzeugen. Die Gefahr ist hoch, dass ArbeitnehmerInnen lieber krank zur Arbeit

erscheinen, als sich einem solchem Gespräch zu unterziehen. Denkbare Folgen sind eine gesundheitliche Beeinträchtigung und Folgeerkrankungen beziehungsweise chronische Erkrankungen (...).“, heißt es in dieser Stellungnahme unter anderem.

Nun – es kann vermutet werden, dass diese unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften GPA-djp und GdG-KMSfB zu heftigen Diskussionen innerhalb der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der AK-Wien führten, als unser Antrag am Tisch lag. Warum? Die vertretenen KollegInnen aus der GPA-djp fragten bei uns an, ob wir diesen Antrag nicht allgemeiner formulieren könnten, denn diese unzumutbare Praxis betraf ja auch private Unternehmen und dort Beschäftigte ...

Schließlich einigten wir uns darauf, dass wir in der Überschrift zu unserem Antrag „Nein zu Krankenstands-Rückkehrergesprächen und damit verbundenen Aufzeichnungen über Krankenstandsgründe“ den Zusatz „bei der Gemeinde Wien“ weg lassen und im Antragstext sinngemäß neben der Grundsatzforderung, dass sich die Wiener Arbeiterkammer gegen die Führung solcher Rückkehrergespräche ausspricht, einen Zusatz einfügen, dass die Arbeiterkammer von der Dienstgeberin Stadt Wien, aber auch von allen anderen Arbeitgebern, fordert, solche Aufzeichnungen zu unterlassen.

Das war ein tragbarer Kompromiss, weil die Dienstgeberin Stadt Wien weiterhin dezidiert angesprochen ist und die Begründung auch dahingehend aufgebaut ist. Es ändert also nichts an der Tatsache, dass hier die Wiener Arbeiterkammer nun Handlungsbedarf auch gegenüber der Dienstgeberin Stadt Wien hat.

Letztlich führte dieser Kompromiss doch noch dazu, dass am 3. November 2009 mit Mehrheit aller vertretenen Fraktionen unserem Antrag zugestimmt wurde. In einer diesbezüglichen Wortmeldung machte ich, neben meiner wenn auch zaghaften Freude über diese Zustimmung der FSG-Mehrheit in der Vollversammlung, allerdings noch eines deutlich: Eine Zustimmung alleine reicht nicht aus – jetzt müssen auch Taten der Wiener Arbeiterkammer und aller involvierten GewerkschafterInnen dazu folgen. Sei es mit diesbezüglichen Stellungnahmen und auch Positionierungen gegenüber der Stadt Wien in der Öffentlichkeit, sei es mit Gesprächen der zuständigen VertreterInnen in der Arbeiterkammer und der GdG-KMSfB mit der Dienstgeberin und den verantwortlichen PolitikerInnen oder sei es auch durch die nachdrückliche Forderungen der zuständigen Interessens-VertreterInnen, endlich ein wirkliches und menschenwürdiges Gesundheitswesen in der Stadt Wien – und

Bitte umblättern

natürlich auch in allen anderen Unternehmen der Privatwirtschaft – zu entwickeln, zu etablieren und voranzutreiben!

In einer Presseaussendung der KIV vom 4. November 2009 unter dem Titel „SPÖ-Stadtregierung aufgefordert AK-Beschluss ‚Nein zu Krankenstands-Rückkehrergesprächen‘ umgehend umzusetzen! Arbeiterkammer muss nun gegenüber Gemeinde Wien aktiv werden: Zustimmung allein reicht nicht – jetzt sind Taten gefragt“, haben wir die Arbeiterkammer und jene Arbeiterkammer-RätInnen der FSG, die auch unsere FunktionärInnen in der GdG-KMSfB sind (unter anderem Kollege Meidlinger) dazu aufgefordert, klar Stellung zu beziehen (siehe Presseaussendung „SPÖ-Stadtregierung soll ‚Nein zu Rückkehrergesprächen‘ umsetzen“).

Wir schreiben den 9. November 2009: Bis dato gibt es noch keine öffentliche Stellungnahme der zustän-

digen Gewerkschaft beziehungsweise der Wiener Arbeiterkammer dazu. Eine Nachricht über diesbezügliche Gespräche zwischen Dienstgeberin Stadt Wien und Interessensvertretung (ob Arbeiterkammer oder GdG-KMSfB) hat uns auch noch nicht erreicht. Aber sind wir doch guter Hoffnung und warten mal ab, denn manche Mühlen malen ja bekanntlich langsam.

Wir werden ein AUGE darauf haben!

Mehr zum Thema „Krankenstand“, den vollständigen Antrags-Text, Hintergründe zum Entstehen unseres Antrages und Stellungnahmen der „Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“ und der „Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier“ finden sich unter www.kiv.at im Dossier „Krankenstand“.

Nein zu Krankenstands-Rückkehrergesprächen und damit verbundenen Aufzeichnungen über Krankenstandsgründe

Antrag der AUGE/UG zur Vollversammlung der AK-Wien am 3. November 2009.

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich entschieden gegen die Führung von so genannten Krankenstands-Rückkehrergesprächen, in denen auch dezidiert die Krankheiten genannt werden, aus.

Da die Gespräche zumeist in schriftlicher Form festgehalten werden, fordert die Arbeiterkammer von der Dienstgeberin Stadt Wien, aber auch von allen anderen Arbeitgebern, dass solche Aufzeichnungen schon aus datenschutzrechtlichen Gründen („sensible Daten“) auf jeden Fall zu unterlassen sind.

SPÖ-Stadtregierung soll „Nein zu Rückkehrergesprächen“ umsetzen

Die Arbeiterkammer muss nun gegenüber Gemeinde Wien aktiv werden: Zustimmung allein reicht nicht – jetzt sind Taten gefragt.

Im Rahmen der 152. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 3. November 2009 stellte die AUGE/UG einen Antrag mit dem Titel „Nein zu Krankenstands-Rückkehrergesprächen und damit verbundenen Aufzeichnungen über Krankenstandsgründe“. Der Antrag setzte sich mit der empörenden aber leider gängige Praxis des Dienstgebers Stadt Wien auseinander, KollegInnen bereits während des Krankenstandes mit Droh-Briefen dienstrechtliche Folgen oder gar Kündigung anzudrohen, sollte der Krankenstand nicht bald beendet werden. Weitere Praxis ist die Führung sogenannter „Rückkehrergespräche“, bei welchem per Fragebogen oder Protokoll auch Krankenstandsgründe, eventuelle Folgekrankstände, Arbeitsfähigkeit usw. erhoben werden – die Personalvertretung ist nicht beigezogen und nach Unterzeichnung geht das Formular an die Personalstelle.

„Es ist zynisch zu behaupten, dass diese Gespräche nur auf freiwilliger Basis geführt würden und Krankenstandsgründe nicht bekannt gegeben werden müssten, wie Gewerkschaftsvorsitzender Meidlinger vor einigen Wochen beim ersten Bekanntwerden dieser Praxis in der MA 48 in den Medien dazu Stellung nahm. Ebenso zynisch ist es, wenn ein Gewerkschafter, der ja eigentlich die betroffenen Beschäftigten zu vertreten hat, ausgerechnet den Dienstgeber hinsichtlich der ‚Droh-Briefe‘ verteidigt, weil dieser ja sonst nicht mit den

kranken KollegInnen in Kontakt kommen könnte, wie Meidlinger ebenso kürzlich in einem Interview mit „Wien-heute“ behauptete,“ kritisiert Christine Rudolf.

Der Antrag der AUGE/UG fand schließlich eine deutliche Mehrheit in der Wiener Arbeiterkammer - auch die FSG stimmt zu. „Glücklicherweise hat sich nach internen Diskussionen nun auch in der FSG in der AK-Wien gewerkschaftliche Vernunft

vor Parteiloyalität durchgesetzt,“ freut sich Rudolf.

„Wir werden jetzt ganz genau verfolgen, ob der Beschluss nun auch entsprechende Aktivitäten der Wiener AK nach sich ziehen wird. Die gängige Praxis der Gemeinde Wien bei Krankenständen gehört schnellstens beendet, dazu braucht es allerdings Druck – auch von der Arbeiterkammer. Mit der Zustimmung der FSG-Mehrheit ist jedenfalls nicht Genüge getan. Jetzt ist aktiver Einsatz im Sinne des Beschlusses gefordert gegenüber dem Dienstgeber und gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit. Wir werden das jedenfalls ganz genau verfolgen,“ verspricht AK-Rätin Rudolf.

Die SPÖ-Stadtregierung ist nun aufgefordert, den AK-Beschluss umzusetzen. „Wenn auch die FSG-SpitzenfunktionärInnen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gegen die Praxis der Krankenstands-Rückkehrergespräche und der Droh-Briefe an kranke Bedienstete protestieren, wie sie es als Teil der FSG in der AK durch die Zustimmung zu unserem Antrag nun doch noch getan haben, dann sollte wohl auch die SPÖ-Personalstadträtin, die ja aus der Gewerkschaft kommt, die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Wir brauchen eine bessere Unternehmenskultur und endlich die Umsetzung eines betrieblichen Gesundheitswesens in der Gemeinde Wien, das diesen Namen auch verdient. Im Sinne der KollegInnen“, schließt Christine Rudolf.



Die politische Rechte und ihre Eliten rüstet sich für die Verteilungsdiskussion. Nach der Präsentation der WIFO-Verteilungsstudie, die vor allem im Bereich der einnahmenseitigen Umverteilung schwere Defizite ortet, gehen die Konservativen in die Gegenoffensive. Mit dabei natürlich wieder einmal die Industriellenvereinigung. *Von Markus Koza.*

VERTEILUNG:

GANZ ELITÄR

Wohlstand, Armut & Umverteilung in Österreich“ und darunter „Fakten und Mythen“ heißt die Broschüre der Industriellenvereinigung (IV) zur herrschenden und nun langsam so richtig in Schwung kommenden Verteilungsdebatte in Österreich.

Die Broschüre der IV erhebt dabei den Anspruch „... die Fakten zum Thema Umverteilung in Österreich transparenter zu gestalten ...“ vor allem „... aus dem Blickwinkel all jener Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in Österreich, die den Wohlstand erwirtschaften und damit das System der Umverteilung aufrecht halten.“

Sie ist weiter selbstverständlich – wie sollte es anders aus der Feder der Industriellenvereinigung auch sein – „... frei von Forderungen oder normativen Zielvorstellungen, sondern verfolgt das Ziel, oft unwidersprochenen politischen Mythen Fakten gegenüberzustellen.“ Spätestens dann, wenn die Industriellenvereinigung „unwidersprochenen politischen Mythen Fakten gegenüberstellt“ ist es Zeit hellhörig zu werden und diese Fakten denn einmal hinsichtlich ihres Faktengehalts tatsächlich zu überprüfen.

Und spätestens dann, wenn die Industriellenvereinigung davon spricht, dass die vorliegende Broschüre „frei von normativen Zielvorstellungen“ ist, weiß eine jede, die sich schon einmal mit der Interessensvertretung der Industrie auseinandergesetzt hat, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um ein ideologisch und interessenspoli-

tisch schwerst eingefärbtes Machwerk handelt, ausgesprochen hoch ist.

SAG MIR WO DIE AUSSAGEKRAFT BLEIBT ...

Was einmal bei der IV-Studie gleich einmal auffällt: Die Industrie unterlegt ihre Behauptungen mit Zahlen und Entwicklungsreihen, denen allerdings vielfach die Aussagekraft fehlt. So titelt die Industriellenvereinigung etwa „Löhne – die Arbeitskraft wird immer besser vergütet“. Untermuert wird diese Behauptung damit, dass seit 1980 die ArbeitnehmerInnenentgelte seit 1980 um 99,3 Milliarden Euro beziehungsweise um das zweieinhalbfache auf 137,2 Milliarden Euro gestiegen seien. So sei das durchschnittliche Bruttoentgelt (Bruttoeinkommen plus Dienstgeberbeiträge) pro Beschäftigten von 20.017 auf 40.140 Euro gestiegen. Gleichzeitig sei die Inflation nur um knapp 63 Prozent gestiegen.

Das klingt einmal beeindruckend. Gleich deutlich weniger beeindruckend stellt sich die Zahl allerdings dar, stellt mensch sie in Bezug auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Wirtschaftsleistung eines Landes: 1980 lag das BIP, also die gesamte volkswirtschaftliche Wertschöpfung, bei 76,6 Milliarden, 2008 erzielte das BIP einen Wert von 281,87 Milliarden Euro (Daten Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen von 1976–2008). Das BIP 2008 betrug also das 3,7-fache des BIP aus dem

Jahr 1980. Im Gegenzug dazu sind Löhne und Gehälter nur um das 2,5-fache gestiegen. Die Lohnentwicklung blieb also deutlich hinter der Wirtschaftsentwicklung zurück. Stellt mensch die Entwicklung der Lohnneinkommen nicht in einen Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft, ergibt sich keine Aussagekraft. Und die ist dann doch ziemlich klar. Das weiß natürlich auch die IV. Weshalb sie diese Aussagekraft auch nicht herstellt.

Aussagekraft entsteht auch erst dann, wenn die Beschäftigungsentwicklung betrachtet wird. Nämlich auf wie viel ArbeitnehmerInnen sich denn die ArbeitnehmerInnenentgelte verteilen. So waren 1980 2,73 Millionen ArbeitnehmerInnen beschäftigt, im Jahr 2007 3,435 Millionen. 779.200 ArbeitnehmerInnen waren dabei Teilzeit beschäftigt. Das bedeutet, dass ein im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt langsam wachsender Kuchen an unselbständigen Einkommen auf immer mehr ArbeitnehmerInnen – die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist um das 1,26-fache gewachsen – und das immer ungleicher verteilt. Wenn das BIP deutlich schneller wächst als die Lohnquote – also die Summe der ArbeitnehmerInnen-Entgelte – bedeutet das eine Umverteilung der Einkommen von Arbeit hin zu Kapital. Nun, sinkende Lohnquoten streitet nicht einmal die Industriellenvereinigung ab.

Bitte umblättern

DIE INDUSTRIE UND DIE LOHNQUOTE

„Die ‚Lohnquote‘ wird gerne als Spiegelbild einer angeblichen wachsenden Einkommensschere zwischen Arm und Reich missbraucht,“ behauptet die Industriellenvereinigung. Nun eigentlich missbraucht zu diesem Zwecke kaum jemand die Lohnquote, sondern viel eher um darzustellen, wie sich die Einkommensverteilung von Arbeit hin zu Kapital verschoben hat.

Wobei die IV behauptet, die sinkende Lohnquote bedeute nicht, „dass Arbeitnehmer weniger wohlhabend wurden als Unternehmen, oder dass die reale Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung nicht mithalten könnte“. Vielmehr verorten die Industriellen andere Gründe. Gerne wird etwa von konservativer Seite behauptet, dass gerade ArbeitnehmerInnen von den Zins-, Dividenden- und Mieterträgen, die ebenfalls in der Gewinnquote enthalten sind, besonders profitieren würden und diese Kapitaleinkommen den Gewinnen zugerechnet würden, „... obwohl sie vermehrt das verfügbare Einkommen der ArbeitnehmerInnen erhöhen.“ Gerne behaupten also Konservative aller Coleurs, dass die Lohnquote nur eine bedingte Aussagekraft hinsichtlich der Einkommen der ArbeitnehmerInnen habe. Nun, schauen wir uns zuerst einmal die Verteilung innerhalb der Lohnquote (Daten Lohnsteuerstatistik 2007, AK-OÖ) an:

- die reichsten 5 Prozent aller ArbeitnehmerInnen verdienen '07 19,7 Prozent des gesamten Lohnkuchens
- die gut verdienenden nächsten 20 Prozent erhalten 34,8 Prozent der Lohnsumme. also ein Viertel aller unselbständig Beschäftigten lukrieren bereits rund 54 Prozent der unselbstständigen Einkommen

- den mittleren 50 Prozent bleibt ein Anteil von 34,8 Prozent
- den untersten 25 Prozent der ArbeitnehmerInnen gerade einmal 3,8 Prozent

Warum diese Zahlen? Nun liegt mensch wohl nicht ganz unrichtig, wenn angenommen wird, dass sich Einkommen aus Kapital und Vermögen, soweit sie sich tatsächlich auf ArbeitnehmerInnen verteilen, wohl eher dem obersten Viertel, um nicht zu sagen vor allem den obersten 5 Pro-

zent zugute kommen. Auch Untersuchungen belegen das: die reichsten 10 Prozent der Haushalten halten 54 Prozent des gesamten Geldvermögens, das reichste Prozent hält 27 Prozent des Geldvermögens, das oberste Promille 0,1 Prozent des Vermögens. Der Vermögensmedian (50 Prozent haben mehr, 50 Prozent haben weniger Geldvermögen) liegt bei 24.000 Euro.

Es besteht weiters ein klarer Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung: Unter den Top-5 Prozent-VermögensbesitzerInnen haben 59 Prozent ein Haushaltseinkommen von mehr als 3000 Euro. Das oberste Einkommensprozent hat ein durchschnittliches Bruttogeldvermögen von 1130 Millionen Euro, die „untersten“ 89 Prozent an EinkommensbezieherInnen haben ein mittleres Geldvermögen von 27.694 Euro (Mooslechner/Schürz, Verteilung der Geldvermögen).

Wessen Lohneinkommen also durch Einkommen aus Kapital und Vermögen erhöht wird, wird nur allzu offensichtlich. Wohl vor allem jenes von unselbstständig Beschäftigten à la Erste Bank Treichl, OMV-Ruttensdorfer etc. Auch der große Geldsegen aus Dividenden – also aus Aktienbesitz –, ebenfalls der Gewinnquote zugeordnet, ergießt sich nicht über „die ArbeitnehmerInnen“, sondern über einige wenige. Schürz/Mooslechner: „Aktienbesitz ist im internationalen Vergleich in Österreich nur relativ wenig verbreitet und auf vermögenden und einkommensreiche Haushalte konzentriert.“ Von den reichsten 10 Prozent unter allen EinkommensbezieherInnen halten 81 Prozent Aktien, unter den ärmsten 10 Prozent nur 2 Prozent. Das fünfte Einkommensdezil hält gerade einmal zu 18 Prozent Aktien.

Bei den Immobilienvermögen verhält es sich kaum anders: Die unteren 95 Prozent aller ImmobilieneigentümerInnen (nicht nur ArbeitnehmerInnen sondern alle, die über Immobilien verfügen) besitzen Immobilien (sowohl Wohn- als auch andere Immobilien) mit einem Durchschnittswert von Euro 230.000. Die reichsten 5 Prozent der ImmobilieneigentümerInnen dagegen besitzen Immobilien mit einem Wert von durchschnittlich 1,83 Millionen Euro. Der von Konservativen und IV so gerne gehegte und gepflegte Mythos, wonach ArbeitnehmerInnen so sehr von Einkommen, Dividenden, Miet-

erträgen aus Kapital und Vermögen profitieren würden, entpuppt sich damit einmal mehr als plumpe Irreführung. Die überwältigende Masse der ArbeitnehmerInnen lebt davon, was für den Verkauf ihrer Arbeitskraft gezahlt wird. Und das reicht für viele schon kaum mehr zum Überleben.

RÜCKGANG DER LOHNQUOTE AUFGRUND SOZIALTRANSFERS?

Vollkommen jenseitig wird's allerdings, wenn die IV den Rückgang der Lohnquote auf die steigenden Sozialtransfers (Pensionen, Arbeitslosen- und Familienleistungen) zurückführt. „Mit der demographischen Entwicklung sinkt die Lohnquote alleine dadurch, dass tendenziell immer mehr Löhne und Gehälter durch Pensionstransfers ersetzt werden.“ Nun, dann müsste es allerdings neben einer Lohn- und einer Gewinnquote auch eine Pensionsquote oder eine Sozialtransferquote geben. Die gibt es allerdings nicht. Warum, ist auch leicht erklärt: Soziale Transfers werden ja aus Steuern und Abgaben auf Löhne, auf Konsum, auf andere Einkommensarten, durch Verschuldung etc. finanziert. Pensionen ja bekannterweise über das Umlageverfahren, das heißt Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitnehmerInnen aus Steuermitteln (vor allem für die Selbständigen und BäuerInnen).

Wenn die Lohnquote also Bruttolöhne darstellt, sind in dieser Lohnquote auch sämtliche Abgaben und Steuern – dienstnehmer- wie dienstgeberseitig – enthalten, die im Rahmen des Steuer- und Abgabensystems zu leisten sind. Steigende soziale Transfers haben also mit der Entwicklung der Lohnquote nichts, aber schon rein gar nichts zu tun. Die IV verwechselt wieder einmal die Verteilungsseite mit der Verwendungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, natürlich ganz bewußt, wirft alles durcheinander, weil es ihr nun mal in den Kram passt.

MYTHOS „BINNENNACHFRAGE“ ENTMYSTIFIZIERT

Die IV widmet sich auch der gerne von GewerkschafterInnen und diversem linken Gesocks vorgebrachten Behauptung, wonach höhere Löhne nicht nur ein Mittel zur Armutsbekämpfung,



sondern auch zur Hebung der Binnennachfrage und damit zu einer Hebung von Wohlstand, Wertschöpfung und damit auch zu mehr Beschäftigung und weniger Armut wäre. Das sieht die IV naturgemäß natürlich überhaupt nicht so, scheut sie doch Lohnerhöhungen wie der Teufel das Weihwasser und appelliert daher immer an Lohnzurückhaltung – in Hochkonjunkturzeiten ebenso wie in Krisenzeiten – und stellt eine beinahe abenteuerlich anmutende Rechnung an.

So behauptet die Industrie, dass eine Lohnerhöhung um ein Prozent die Binnennachfrage um gerade einmal 0,35 Prozent steigern würde. Die Unternehmen kostet eine derartige Erhöhung 1,1 Milliarden Euro. Von diesen fließen gleich einmal 41 Prozent in den Steuern- und Abgabentopf, sind also auf Nimmer-Wiedersehen pfutsch. Von den übrig gebliebenen 650 Millionen Euro fließen 12 Prozent – durchschnittliche Sparquote – in den Strumpf, also auch tschüss. Von den übrigbleibenden 570 Millionen werden rund 32 Prozent in Importwaren gesteckt. Bleiben also 390 Millionen Euro nachfragewirksam über. Gerade einmal 35 Prozent.

Nun, diese Rechnung ist in mehrerlei Hinsicht jedenfalls hinterfragenswert. Abgesehen davon, dass natürlich die KonsumentInnen im Ausland unsere Exportwaren natürlich schon kaufen sollen – die IV ist ja schließlich stolz darauf, dass 60 Prozent unseres Wohlstandes über Exporte erwirtschaftet werden, wird so der Eindruck ermittelt, als würde der allumfassende „Moloch Staat“ seine Einnahmen einmal in erster Linie das Klo runterspülen, irgendwo unter der Bettdecke verstecken, was auch immer damit tun.

Die 41 Prozent, die in den Steuern- und Abgabentopf fließen, dienen

natürlich genauso dem öffentlichen Konsum, öffentlichen Investitionen, der Bezahlung von öffentlich Beschäftigten, der Finanzierung von Bankenrettungspaketen und Staatsgarantien für Unternehmenskredite in der Industrie. Nun mag schon sein, dass so manche Staatsgarantie für Unternehmen dem „Klo runterspülen“ gleichkommt, zahlreiche andere Maßnahmen allerdings mit Sicherheit nicht.

Sie entfachen eine Multiplikatorwirkung, die zu mehr Beschäftigung, mehr Wohlstand etc. führt. Von Multiplikatorwirkungen hat die IV wohl noch nichts gehört, sonst käme sie nicht dazu, zu behaupten, eine Ein-Prozent-Erhöpfung brächte einen Binnennachfragesteigerung von 0,35 Prozent. Und auch, dass 12 Prozent des zusätzlichen Einkommens ins Sparen fließen würde, stimmt so nicht, sondern ist vom persönlich verfügbaren Einkommen abhängig. NiedrigeinkommensbezieherInnen sind schlichtweg nicht in der Lage zu sparen, sie werden jeden zusätzlich konsumierte Euro ausgeben. Angestellte Spitzenmanager in der Industrie werden dagegen natürlich sparen. Aber das sind ja ohnehin die viel beschworenen „Leistungsträger“ oder noch besser der zu entlastende „Mittelstand“.

WER ZAHLT WOFÜR?

Viel gäbe es noch aus der IV-Broschüre zu erzählen. Auf Grund des knappen Platzes seien noch ein paar letzte Highlights erwähnt.

Das erste umfasst die Familienleistungen. „Der stille Beitrag der Unternehmen“ ist dieses Kapitel überschrieben. Und hier staunt die GewerkschafterIn. Oder ist vielmehr fassungslos, ob der Dreistigkeit. Denn die Unterneh-

men tragen nicht nur indirekt über Steuerleistungen und Lohnnebenkosten (hier sei nur noch einmal und immer wieder erwähnt, dass Lohnnebenkosten nichts anderes als arbeitgeberseitig einbehaltene Lohnbestandteile sind, die auch als „Soziallohn“ zu den Löhnen und auch zur Lohnquote gezählt werden, mag die Wirtschaftsseite auch immer wieder das Gegenteil behaupten) zur Finanzierung des Sozialstaats bei, sondern auch direkt – bedauerlicherweise in „der Öffentlichkeit oft wenig bewusst“. Nämlich durch die Beiträge zum FLAF.

Nun gut, wir machen's kurz und bündig: die FLAF-Beiträge stammen historisch aus einem Lohnverzicht der ArbeitnehmerInnen. Ein Teil des Lohnes, auf den eben verzichtet wurde, sollte über z.B. die Familienbeihilfe an ArbeitnehmerInnen (inzwischen an alle Personengruppen) mit Kindern zurückverteilt werden und wurde von der Arbeitgeberseite einbehalten. So schaut's aus. Mit Unternehmensbeiträgen hat das nicht zu tun. Nix mit Finanzierung der Sozialausgaben für Familie und Kinder im Ausmaß von 45 Prozent durch die Unternehmen. Die ArbeitnehmerInnen sind's. Dreist, dreister, Industriellenvereinigung. Die Industrie sollte sich in Stillehalten üben.

WER TRÄGT DIE STEUERLAST?

Das zweite Highlight umfasst die Frage, wer denn jetzt wie viel zum Steueraufkommen beiträgt und wie sich die Steuerlast sowie die Staatsausgaben verteilen. Dabei wendet die IV gleich einmal die ihr üblichen Methoden an, um den – ihrer Meinung nach bestehenden – Mythos, wonach „Kapital und Unternehmensgewinne immer weniger zum Steuerkuchen beitragen als die Besteuerung von Arbeitseinkommen“ nicht den Tatsachen entspricht. So habe sich die Struktur der Steuereinnahmen zu Lasten der Unternehmensgewinne verschoben.

Laut EU-Kommission seien Steuern auf Kapital von 1995 bis 2007 von 14,8 auf 17,1 Prozent gestiegen, Steuern auf Arbeit im Gegenzug von 57,2 auf 55,2 Prozent gesunken (jeweils Prozent des Gesamteueraufkommens). Alleine diese Zahlen widerlegen

Bitte umblättern



eigentlich schon den verorteten IV-Mythos: trotz sinkender Lohnquote und steigender Gewinnquote sind Steuern auf Arbeit annähernd konstant geblieben, während Steuern auf Kapital weit hinter der Einkommensverteilung – also der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit – zurückbleiben.

Schließlich haben sich Einkommen aus Besitz – ohne Vermietung und Verpachtung – seit 1964 verdreifacht (!) und seit 1985 beinahe verdoppelt. Gewinneinkommen haben sich seit 1964 verachtfacht, seit 1985 mehr als verdoppelt (Guger/Marterbauer, Einkommensverteilung in Österreich) Auch hier gilt: Zahlen und Entwicklungen müssen in einen Zusammenhang gestellt werden, sollen sie aussagekräftig sein. Und diesen Zusammenhang stellen wir gerne her:

- 1988 belief sich die gesamte Lohn- und Gehaltssumme auf 62,96 Milliarden Euro oder 53,18 Prozent des BIP, Gewinne und Selbständigeneinkommen auf 40,8 Milliarden Euro oder 34,47 Prozent des BIP

- 2006 erzielten die unselbstständig Beschäftigten ein Einkommen von 125,1 Milliarden Euro oder 48,5 Prozent des BIP, Gewinne und Selbständigeneinkommen stiegen auf 105,45 Milliarden Euro oder 40,90 Prozent des BIP. Während also ArbeitnehmerInnen-einkommen in Prozent des BIP rückläufig sind, haben sich Gewinne und Selbständigeneinkommen deutlich erhöht.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung des KÖSt-Aufkommens. Auch hier ein paar Vergleichszahlen, welche die Entwicklung der KÖSt veranschaulichen sollen:

- 1994 lag das versteuerungspflichtige Gewinneinkommen bei 6,235 Milliarden Euro. Davon wurden 2,182 Milliarden Euro KÖSt gezahlt.

- 2004 wurde bereits ein steuerpflichtiges Gewinneinkommen von 15,269 Milliarden Euro erzielt, die KÖSt lag bei 5,294 Milliarden Euro.

- 2005 legten die Unternehmensgewinne noch einmal ordentlich zu, auf steuerpflichtige 19,082 Milliarden Euro. Die KÖSt belief sich auf 5,073 Milliarden Euro, lag also trotz eines höheren steuerpflichtigen Gewinneinkommens unter der KÖSt von 2004.

Und während in den letzten Boomjahren das Aufkommen aus der Lohnsteuer von 19,664 (2007) auf 21,308 Milliarden Euro (2008) deutlich gestiegen ist, ist jenes aus der KÖSt – nur leicht von 5,742 (2007) auf 5,934 Milliarden (2008) gestiegen. Die Kapitalertragssteuer (KESt) auf Zinsen ist im gleichen Zeitraum von 1,879 auf 2,177 Milliarden Euro gestiegen, die KESt auf andere Kapitalerträge (z.B. Dividenden) von 1,294 auf 1,573 Milliarden Euro. Damit lagen 2008 die Steuereinnahmen aus „Kapital“ bei 14,13 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von 68,528 Milliarden Euro.

Interessant in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der veranlagten Einkommenssteuer für Selbstständige wie FreiberuflerInnen, Gewerbetreibende etc. – trotz Gründerboom – ist diese von 2,629 (2007) nur auf 2,742 Milliarden Euro gestiegen und betrug somit gerade einmal 4 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Im Gegensatz dazu der Anteil der Lohnsteuer in Höhe von 31,09 Prozent des gesamten Steueraufkommens (Quelle: Finanzministerium, Jahresdaten 2007, Bundesrechnungsabschluss; 2008: vorläufiger Erfolg).

Noch einmal: bei sinkender Lohn- und steigender Gewinnquote. Die Verteilung der Steuerbelastung liegt somit keinesfalls zuungunsten der Unterneh-

mens- beziehungsweise der Kapitaleseite, mag die IV das noch so trommeln.

Zur Finanzierung des Sozialstaates beziehungsweise von Sozialtransfers leistet die Kapitaleseite somit einen außerordentlich bescheidenen Beitrag, der in Krisenzeiten noch bescheidener wird: um bis zu 40 Prozent fallen Steuereinnahmen aus der KÖSt und der KESt weg. Die Finanzierung von Banken- und Unternehmensrettungspaketen geht also überwiegend auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und der Umsatzsteuer zahlenden KonsumentInnen – ebenfalls überwiegend ArbeitnehmerInnen. Die Industrie, die Vermögenden wollen für die Sanierung ihrer Krise nichts zahlen.

Der Kreis schließt sich. Aus Sicht der „Leistungsträger und Leistungsträgerinnen“ sollte die Broschüre der Industriellenvereinigung die Umverteilung in Österreich betrachten. Die IV tut es auf ihre ganz eigene Art und Weise und widmet sich zuguterletzt den fleißigen Lohn- und EinkommenssteuerzahlerInnen. 8,2 Millionen EinwohnerInnen hat Österreich. Davon sind 3,9 Millionen – das sind 48 Prozent – erwerbstätig, selbständig wie unselbständig. Davon sind 1,9 Millionen NettotransferzahlerInnen. Der Rest NettotransferbezieherInnen.

„Derzeit schultert jeder der 1,9 Millionen NettotransferzahlerIn Österreich mehr als drei Nettotransferbezieher“, so die IV. Besonders arm sind dabei die Reichen, pardon, das heißt natürlich „Mittelstand“, „Leistungsträger“, wie immer es gefällt:

- die obersten 10 Prozent der EinkommensbezieherInnen, die gerade einmal lächerliche 34 Prozent des Einkommens beziehen, tragen 58 Prozent der Steuerleistung. Das oberste Prozent gar 20 Prozent bei 9 Prozent Einkommen.



• Aber dann, der untere Rand, die gesamte untere Hälfte der EinkommensbezieherInnen, auf die entfällt ein knappes Fünftel der Einkommen aber nur ein Sechzigstel der Steuerleistung.

Empörend! Nun, die Industrie, der Handel, die Arbeitgeberseite allgemein könnte das ja etwa bei den ArbeitnehmerInnen abstellen, indem sie besser zahlt, sich für ordentliche Mindestlöhne ins Zeug legt, mehr Voll- statt Teilzeitjobs schafft, Druck auf entsprechende Maßnahmen zum Ausbau öffentlicher Infrastruktur macht und endlich auch ihren entsprechenden Beitrag dafür zahlt ... Macht sie nicht? Aha.

Nein, lieber wettet die Industrie gegen eine Besteuerung von Vermögen, weil diese nur Steuern auf bereits besteuertes Einkommen seien. Nun, dass Umsatzsteuer und Mineralölsteuer Steuern auf bereits besteuertes Einkommen sind, hat die Industrie noch nie gestört. Dass eine stärkere Besteuerung von Vermögen – und die Vermögensverteilung ist ja in einer besonderen Schieflage – unter Umständen auch ein Beitrag wäre, die von der IV diagnostizierte „gespaltene Gesellschaft“ zu überwinden, ist natürlich kein Thema.

Abgesehen davon: wie aus dem WIFO-Verteilungsbericht hervorgeht, ist die gesamte steuerliche Belastung der Lohnsteuerpflichtigen unabhängig vom Einkommen ziemlich gleich. Das einkommensschwächste Zehntel zahlt 37,6 Prozent an Steuern, die reichsten 10 Prozent 40 Prozent an Steuern. Dass der in Euro gemessene Beitrag der einkommensstärksten Gruppen kraft Höhe des Einkommens höher ist, als jener der schwächsten Gruppen ist da nur logisch. Die relative Belastung ist allerdings annähernd gleich. Und es macht einen Unterschied, ob jemand

von einem Einkommen von 1000 Euro 37 Prozent an Steuern und Abgaben zahlt, oder von einem Einkommen von 10.000 Euro 40 Prozent. Die eine weiß nicht, wie sie ihren Lebensalltag finanziell bewältigen soll. Dem anderen bleibt halt weniger zum sparen.

Umverteilung läuft nun mal so, dass die einen mehr zahlen, um zur sozialen Sicherheit, zu Bildungschancen etc. Aller beizutragen – auch zu eigenen. Der IV ist allerdings Umverteilung (außer sie geht natürlich nach oben, zu den Eliten) sowie entsprechende Verteilungsdebatten seit jeher zuwider. Vor allem, wenn sie dorthin überzuschwappen droht, wo sie die IV nun gar nicht haben will: auf Unternehmen, auf Vermögende, auf topverdienende Leistungsträger in den Manageretagen, die bisher keinen, wenig oder einen nicht entsprechenden Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Das muss verhindert werden.

SPALTER

Spalten und die Verteilungsdiskussion dorthin zu bringen, wo sie nicht hingehört, ist noch immer eine der beliebtesten Methoden: Nämlich in die 3198 Millionen ÖsterreicherInnen, die „ihr Geld nicht vom Staat erhalten“, diesem widerlichen Ungeheuer (ob da Banken und Unternehmen mitgezählt worden sind?) und jenen 3178 Millionen die ihr Geld vom Staat erhalten.

3178 Millionen, die unter dem „Schutzschirm des Staates“ leben (also sollten da jetzt etwa doch die Banken und ihre Banker und großen Industrieunternehmen und ihre Manager drinnen sein, oder doch nicht?). Auch das ist natürlich Unfug, weil jede auf ihre Art und Weise Geld vom Staat kriegt: ob Straßen, Schienen, Gesundheit, Bildung, Pension, was auch immer. Es gibt niemanden, die kein Geld vom Staat erhält. Und genauso wie die 3198 Millionen die 3178 Millionen erhalten, läuft es auch umgekehrt.

Schließlich zahlen auch Beamte, öffentlich Bedienstete und wohlhabende PensionistInnen genauso ihre Steuern, wie KindergeldbezieherInnen, Arbeitslose etc. Und gerade auch die 3198 Millionen können leicht, beziehungsweise mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit, zu einem Teil jener 3178 Millionen werden – als Arbeitslose

oder PensionistInnen – die Geld „vom Staat bekommen“. Das heißt die Spaltung macht überhaupt keinen Sinn. Außer natürlich es soll ein Neidkomplex geschürt werden.

ANTIDEMOKRATISCHES POTENTIAL

Das ist Verteilungsdebatte in Rechts. Das ist Verteilungsdebatte der Eliten. Die wird im Rahmen von Transferkonten für das „Projekt Österreich“ vom Vizekanzler abwärts in der ÖVP geführt. Und von der Industriellenvereinigung mit ihren Konzepten zur Budgetsanierung nach dem Zechpreller-Prinzip.

Und mittels einer Broschüre, die den Anspruch stellt, mittels Fakten mit Mythen in der Verteilungsdebatte aufzuräumen. Vielmehr entmystifiziert sich zwar der Gehalt der „Fakten“, die da von der IV präsentiert werden, bei einer gar nicht einmal so genauen Analyse schon von selbst. Allerdings haben wir jetzt schon einen Vorgeschmack bekommen, wie die Verteilungsdebatte geführt werden wird, wenn die Krise einmal überwunden scheint.

Und die autoritären Töne werden auch in der IV-Broschüre immer lauter. Denn wenn die IV davon spricht, dass „... ein wahlberechtigter Nettotransferzahler ... zwei wahlberechtigte Nettotransferbezieher“ schulterte, und bei „Wahlmotiven ... die Wünsche nach Transfer- und damit nach Steuererhöhungen gegenüber den Wünschen nach Steuerentlastung eindeutig in der Mehrzahl“ seien, dann heißt das weniger vornehm ausgedrückt, dass in einer Demokratie eine Mehrheit von Sozialschmarotzern die Minderheit der Fleißigen, der „Leistungsträger“ überstimmen würde.

Was das für Konsequenzen hinsichtlich unseres demokratischen Systems für eine Interessensorganisation der „Leistungsträger“, als die sich die IV ja so gerne sieht, bedeutet, bleibt derweil offen. Es dürfen allerdings Vermutungen angestellt werden. Und das Kapital war ja historisch gesehen nie ein besonders eifriger Verfechter besonders demokratischer Verhältnisse. Vor allem in Krisenzeiten ...

Die Krankenkassen sind marod, das soziale Netz wird immer rissiger und die Finanz- und Wirtschaftskrise trocknen die öffentlichen Kassen aus. Ist das soziale System also noch zu retten? Der Gesundheitsjournalist *Martin Rümmele* beantwortet in seinem neuen Buch „Zukunft Gesundheit“ die Frage klar mit „Ja“ und zeigt anhand konkreter Beispiele auch wie. Für die Alternative gibt er einen kurzen Einblick.

ZUKUNFT GESUNDHEIT

Der Finanzminister möchte also ein Transferkonto einrichten, um uns transparent zu machen, was wir für unser soziales System zahlen und was wir umgekehrt vom Staat bekommen und ob sich Leistung rechnet – sprich, ob wir mehr bezahlen, als wir rausbekommen oder umgekehrt. Gerade in Zeiten leerer Kassen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich erscheint diese Forderung auf den ersten Blick bei vielen Menschen mehrheitsfähig. Doch ist sie sinnvoll?

Tatsächlich verlangt die Idee nach ein paar Klarstellungen – nicht zuletzt weil sie vor allem das Gesundheits- und Sozialwesen in Frage stellt und nicht zuletzt, weil sie deshalb komplett schwachsinzig ist. Es soll hier nicht darüber diskutiert werden, dass ein Transferkonto die Neidgesellschaft und damit Entsolidarisierung fördert. Das wurde bereits von vielen KritikerInnen der Idee gesagt.

Es geht auch schlicht um logische Argumente: Nehmen wir das Beispiel der Pensionszahlungen. Da wir ja alle nicht wissen, wann wir jeweils sterben und damit auch nicht wissen, wie lange und in welcher Höhe wir eine Pension beziehen werden, kann hier die Abrechnung erst am Lebensende erfolgen. Doch wem nutzt dieses Wissen dann noch? Den Betroffenen nicht.

Noch deutlicher zeigt sich die Unsinnigkeit der Idee gerade im Gesundheitsbereich. 80 Prozent der Gesundheitsausgaben werden von 20 Prozent der Versicherten verursacht. Das war immer so und wird immer so sein, denn diese Personen sind keine Sozialschma-

rotzer oder Hypochonder sondern chronisch Kranke und vor allem alte Menschen. Im Alter ist der Reparaturbedarf des Körpers am höchsten und in den letzten Lebensmonaten fallen die höchsten Gesundheitskosten an. Das wird bei uns allen irgendwann so sein.

Bis dahin würden in unserem jährlichen Transferkonto aber höhere Zahlungen ins System stehen. Später bekommen wir Jahr für Jahr vorgerechnet, dass wir das System jetzt mehr kosten, als wir zahlen. Ein Transferkonto könnte also auch hier nur dann Sinn machen, wenn am Ende des Lebens abgerechnet wird.

Und was ist mit jenen Ausgaben, die anfallen, bevor wir überhaupt berufstätig sind und Steuern zahlen? Sollen Kinderimpfungen, Kinderkrankheiten und so weiter über die Eltern abgerechnet werden, oder starten wir ab der Berufstätigkeit mit einem Minus? Doch damit nicht genug: Die Idee lässt völlig außer acht, welche Determinanten die Gesundheit beeinflussen und wie stark die mit Bildung und Einkommen zusammenhängen. Arme Menschen sind kränker. Wie wird das im Transferkonto berechnet?

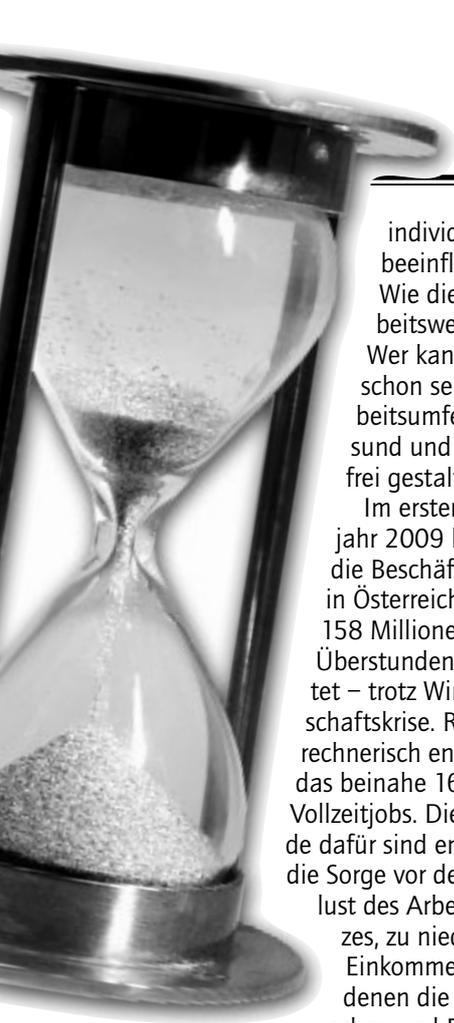
Statt solcher Ideen sollten wir uns gerade im Gesundheitsbereich Gedanken machen, wie unser System organisiert ist, wo die Probleme liegen und vor allem welche Versorgung wir wirklich benötigen. Beinahe jedes Jahr diskutieren Politiker und Krankenkassenfunktionäre Reformen. Trotz all dieser Bemühungen geben wir aber immer mehr Geld für Therapien aus. Das wäre an sich kein so großes Problem, wenn

dieses Geld sinnvoll eingesetzt würde. Sprich, wenn wir dadurch gesünder würden.

Doch das ist nicht der Fall. Die großen Probleme – Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebserkrankungen – nehmen trotz der enormen Geldmengen, die wir ins Medizinsystem pumpen, nicht ab. Ein Beispiel: 1970 entfielen – altersbereinigt – 47 Prozent aller Todesfälle auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen, 2007 sind es noch immer 44 Prozent.

Warum das so ist? Das Ziel der Gesundheitswirtschaft ist nicht die Heilung, sondern der mit der Nichtheilung verbundene Profit. Je länger Menschen krank gehalten werden, umso mehr lässt sich an ihnen verdienen. Ziel von Reformen ist meist nicht eine bessere Versorgung der Menschen, sondern eine bessere Versorgung der Gesundheitsindustrie. Oder anders gesagt: die Akteure im Gesundheitswesen haben sich in einem gigantischen Wirtschaftsbereich gut eingerichtet und wenig Interesse an echten Veränderungen.

Experten belegen zudem: für den Anstieg der Lebenserwartung in den vergangenen Jahren hat die Medizin den geringsten Beitrag geleistet. Studien sprechen von 10 bis maximal 30 Prozent. Doch was ist der Rest? Es sind die Lebensumstände. Deshalb braucht es ein radikales Umdenken: Nicht die Behandlung von Krankheiten, sondern deren Verhinderung muss ins Zentrum rücken. Prävention also. Doch auch hier muss mit einem Missverständnis aufgeräumt werden. Die wenigsten Bereiche können wir selbst,



individuell beeinflussen. Wie die Arbeitswelt etwa. Wer kann schon sein Arbeitsumfeld gesund und stressfrei gestalten?

Im ersten Halbjahr 2009 haben die Beschäftigten in Österreich etwa 158 Millionen Überstunden geleistet – trotz Wirtschaftskrise. Rein rechnerisch entspricht das beinahe 160.000 Vollzeitjobs. Die Gründe dafür sind entweder die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, zu niedrige Einkommen, mit denen die Menschen und Familien

schlicht nicht oder nur schwer auskommen oder pauschalierte und damit unbezahlte Überstunden. Wirklich freiwillig dürfte niemand gerne mehr arbeiten. Der britische Autor Leo Hickman schreibt in einem Buch über Nachhaltigkeit: „Ich möchte ein Leben, keine Karriere. Es liegt schließlich niemand auf dem Totenbett und denkt: 'Mann, ich wünschte, ich hätte mehr Zeit im Büro verbracht'“.

Die Zahlen verbergen noch andere Probleme: Unbegrenzt flexibel, ständig verfügbar, niemals müde – das sind die im Stakkato wiederkehrenden Glaubenssätze der Globalisierung. Die weltweite Konkurrenz verschärft für viele Menschen die Arbeitsbedingungen, ohne dass sie sich wehren können. Und immer mehr Menschen werden dadurch krank. Insgesamt hat bereits die Hälfte aller Krankheitsfälle Ursachen, die in Zusammenhang mit der Arbeit, dem daraus bezogenen niedrigen Einkommen oder schlicht den Umständen der Arbeit oder der geleisteten Arbeitszeit stehen. Zwei Drittel aller Überstunden-Leistenden klagen über Rückenschmerzen, bei Arbeitnehmern ohne Überstunden sind es „nur“ 49 Prozent. Dazu kommen Erkrankungen wie Burn-Out, Stress und psychische Belastungen. Die Zahl der psychisch

bedingten Invaliditätspensionen steigt sprunghaft an.

Ein anderer Bereich, den wir nur scheinbar beeinflussen können, ist die Ernährung. Wer kann angesichts irreführender Werbung und Produktkennzeichnung der Lebensmittelindustrie, millionenschwerer Agrarförderungen für ungesunde Lebensmittel und des steigenden Drucks in der Arbeitswelt, die gesunde Essenspausen erschweren, seine Ernährung wirklich selbst steuern? 85 Prozent der Menschen – so eine aktuelle Umfrage – ernähren sich anders als sie wollen. Gründe sind vor allem Stress und zu wenig Zeit zum Essen.

Wir brauchen also zur Vorbeugung von Krankheiten vor allem mehr gemeinsame Verantwortung. Denn krank machen uns, wie Untersuchungen belegen, Armut, soziale Ungleichheit, fehlende Bildung, Umwelt und Verkehr und der wachsende Druck in der Arbeitswelt.

Hier können wir nur gemeinsam gegensteuern. Eine Reform des Gesundheitswesens beginnt deshalb beim Ausbau der Sozialsysteme, beim Abbau von sozialen Ungleichheiten, bei Investitionen in gesündere Arbeitsplätze und vor allem beim Zugang zu besserer Bildung. Das sind die Faktoren – und nicht die Medizin allein – die ein zukunftsorientiertes, soziales und solidarisches Gesundheitssystem gewährleisten können.



Martin Rümmele, ist Gesundheitsjournalist und Autor. Sein neues Buch mit dem Titel „Zukunft Gesundheit – so retten wir unser soziales System“ ist im Orac-Verlag erschienen. Das Buch ist auf der Shortlist für das beste Wissenschaftsbuch des Jahres in der Kategorie Medizin/Gesundheit nominiert. Auf der Homepage woche-des-wissens.at können alle Interessierten ihre Stimme abgeben und zahlreiche Preise gewinnen.

Zukunft Gesundheit
Verlag Orac, ISBN 978-3-7015-0519-7,
192 Seiten, 19,90 Euro.

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-ug.at



Haus LEA

FRAUEN HELFEN FRAUEN

All' jene die noch immer der Meinung sind, dass die Mindestsicherung eine „Hängematte zum Ausruhen“ sei, sollten unter anderem verpflichtet werden, dem Haus LEA in Timelkam (OÖ) einen Besuch abzustatten.

Dieses Haus wird seit 8. März 2003 (Frauentag) von zwei Franziskanerinnen geführt und bietet Frauen sowie deren Kindern (jeder Religion, Nation, ...) in schwierigen Lebenssituationen Hilfe an. Diese beinhaltet neben der Unterkunft auch

- Beratung und Klärung der persönlichen Lebenssituation
- Gespräche, um traumatische Erlebnisse und Trennungssituationen aufzuarbeiten
- Kontaktvermittlung bei psychologischen, juristischen und psychotherapeutischen Fragen und Anliegen
- Hilfe bei Kontakten mit Ämtern und Behörden

Dies ist nötig, da viele der Frauen nicht nur obdachlos, sondern auch arbeitslos sind und finanzielle sowie psychische Probleme haben. Tatsache ist auch, dass viele von ihnen nicht in der Lage sind, den vollen täglichen Kostenbeitrag von 10 Euro zu leisten. Aus diesem Grund werden zur Abdeckung dieser offenen Kosten Spenden auf das Konto der RAIKA Vöcklabruck, Kto. Nr. 2341154, BLZ 34710 „Haus LEA“ gerne angenommen.

Ziel aber muss sein, dass der Grundsatz „Nicht Gnade sondern Recht“ Realität wird. Ein Schritt dazu ist eine Mindestsicherung die diesen Namen verdient. Bis es soweit ist, ist aber Hilfe gefragt.

„Wie gut, dass niemand auch nur eine Minute warten muss, die Welt zu verändern“, schreibt Anne Frank in ihrem Tagebuch. Nicht eine Minute dürfen wir damit warten.

Sr. Hiltrud Bittermann

Geboren 1944 in St. Florian bei Linz, fünf Brüder, zwei Schwestern. Unterrichtete Hauswirtschaft, Handarbeit und Religion unter anderem acht Jahre in St. Pius, Peuerbach bei Menschen mit Behinderung. Ausbildung zur Lebens- und Sozialberaterin. Seit dem Jahr 2003 Haus LEA.



„Sehr gerne bin ich Hausfrau und genieße es, mit den Kindern zu sein, als ‚Oma‘ die Hochs und Tiefs mitzuerleben, und den Frauen durch Lebens- und Sozialberatung manche Hilfe zu geben.“

Sr. Teresa Hametner

Geboren 1961 in Grein, drei Brüder. 1980 Matura am Gymnasium Amstetten. 1983 Lehramtsprüfung für Sonderschulen an der PÄDAK LINZ. Lehrtätigkeit an der Landessonderschule St. Anton/Bruck. 1983 Eintritt bei den Franziskanerinnen in Vöcklabruck. Ab dem Jahr 2003 Aufbau des Hauses LEA mit Sr. Hiltrud Bittermann.



„Es ist mir ein großes Anliegen, Frauen und Kindern ein gutes Lebensumfeld zu bieten, sodass sie wieder Kraft schöpfen können. Ich möchte durch mein einfaches Dasein und an der Seite stehen Frauen stärken und stützen.“

FINANZDEBAKEL? Die Bediensteten sind schuld

Jede(r) von uns 7000 Bediensteten der Stadt Graz, inklusive städtischer Tochterbetriebe, verdient demzufolge im Jahr durchschnittlich 2150 Euro (!) zuviel. Zäumt man das Pferd von der anderen Seite auf, unterstellt uns der Dienstgeber, um eben diesen Betrag zuwenig zu leisten. Die Mär vom „faulen Beamten“ wird damit medienwirksam gespielt.

Keine Rede davon, dass es in vielen Ämtern bereits Burn-out-Fälle gibt. So ist es zum Beispiel im Jugendamt KollegInnen verboten, zwei freie Tage als Entschädigung für ihre Mitarbeit in Wahlkommissionen zu nehmen. Im Gegenteil: In Zukunft sollen die kommunalen Aufgaben sogar von zehn Prozent weniger KollegInnen erbracht werden. Die klare Botschaft des Dienstgebers an die städtischen Bediensteten: verantwortlich für das

15 Millionen Euro sollen beim Personal der Stadt Graz eingespart werden. Jedes Jahr.

Grazer Finanzdesaster, überbezahlt und/oder unterbeschäftigt. Dass unter anderem verschiedene Prestigeprojekte zum finanziellen Dilemma der Stadt Graz beigetragen haben, hört man seitens des Dienstgebers gar nicht gern.

Verständlich. Viel lieber sucht man die Ursachen bei jenen, die am wenigsten für die Misere können, nämlich bei uns, den Bediensteten der Stadt Graz. Formuliert von einer teuren Werbe-firma wird krampfhaft versucht, die geplanten Ausgliederungen in privat-



rechtlich organisierte Betriebe und die damit einhergehenden Einsparungsmaßnahmen als positiv für die Bediensteten, aber auch für die GrazerInnen darzustellen.

Unter Punkt 13 der Prinzipien der geplanten Umstrukturierungen heißt es, dass „alle Organisationen des Hauses Graz nicht benötigte personelle Ressourcen – klingt anonym als „KollegInnen“ – in den internen Arbeitsmarkt entsenden und Neuaufnahmen von dort abrufen müssen.“ Eine wirklich gefährliche Drohung.

Weiterführende Informationen: www.kiv.at/graz.

Worauf habe ich Anspruch?
DIE AK HAT DIE ANWORT IM INTERNET.

wien.arbeiterkammer.at - Rat.Info.Service.Recht.

24-Stunden-Arbeitsrechtsberatung AK Onlineatgeber und Servicerechner Beruf und Familie Bildung Wohnen Konsumentenschutz Angebote für AK Mitglieder AK Broschüren und Publikationen AK FÜR SIE



INVESTMENTSERVICE

UNTERNEHMEN ÖSTERREICH

EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK

Wir investieren in Österreich.

In unsere Wirtschaft. In unsere Gemeinden.
In unsere Kinder. Und Sie profitieren davon.
Das ist das Unternehmen Österreich der BAWAG PSK.

www.unternehmenoesterreich.at

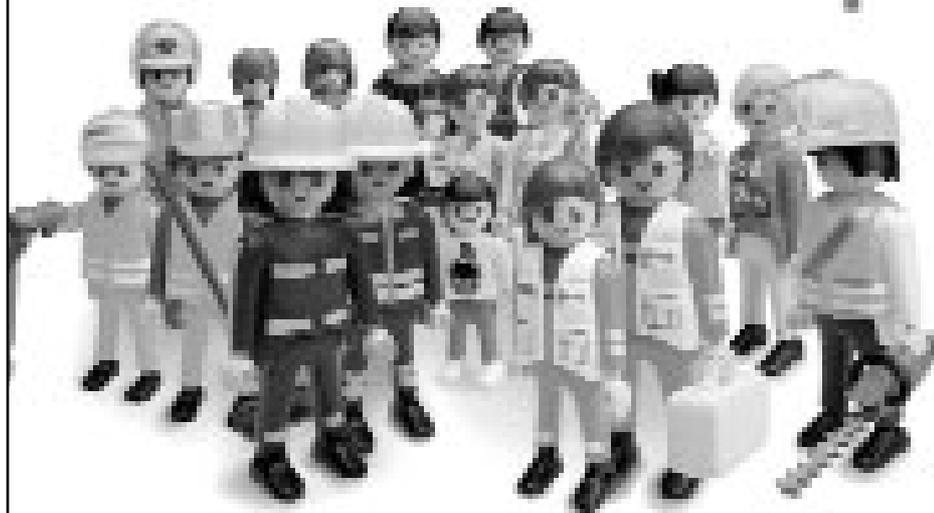


EINE MARKTEINGANGSINITIATIVE



www.gdg.at

Menschen sind kein Spielzeug!



Wir Gemeindebediensteten
arbeiten in mehr als
300 Berufsgruppen,
an 365 Tagen,
24 Stunden am Tag,
bei jeder Witterung
für die österreichische
Bevölkerung.
(Und so soll es auch bleiben!)

GEMEINSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN

1030 Wien, Maria-Theresien-Strasse 11 • 01/313 06/0300 • gdg@aon.at